Reale Tarifsabotage

Harold Henke* über Rekordergebnisse, Expansion & Tarifflucht bei Metro

Anfang September teilte die real-Geschäftsführung mit, dass die Tarifverträge des Einzelhandels in neu eröffneten Warenhäusern künftig keine Anwendung mehr finden sollen. Die Geschäftsführung will die 41-Stundenwoche, noch flexiblere Arbeitszeiten und keine Zuschläge für Mehrarbeit und Spätöffnungszeiten zahlen. Der niedrigste Stundenlohn soll bei 8,75 Euro liegen. Deshalb wurde bei real nun eine dritte Gesellschaft gegründet. In der ersten Gesellschaft befinden sich die bisherigen Warenhäuser, in der zweiten Gesellschaft die ehemaligen Warenhäuser von Wal-Mart. Begründet wird dieser Schritt u.a. damit, dass zwischen ver.di und der Geschäftsführung im Jahre 2006 keine Einigung über den Abbau tariflicher Leistungen erzielt werden konnte. In der Tat hatte die Geschäftsführung ver.di aufgefordert, Zuschläge für die Nachtarbeit zu senken und das tarifliche Weihnachtsgeld abzuschaffen. Stattdessen sollten die Beschäftigten Einkaufsgutscheine erhalten, die natürlich nur bei real eingelöst werden können. Die ver.di-Tarifkommission hatte das abgelehnt, weil die Geschäftsführung u.a. eine verbindliche Regelung zur Absicherung von Arbeitsplätzen verweigerte.

Die Kosten der Expansion

Der Druck des Anteilseigners Metro in Richtung mehr Profit hat in den letzten Jahren zugenommen. Ständig wechselte der Metro-Vorstand Teile der Geschäftsführung von real aus. Das hat das Unternehmen nicht nur viel Geld gekostet, sondern mit jedem Wechsel in der Spitze veränderten sich auch Teile der Unternehmenspolitik. Der Gesamtbetriebsrat musste einen Interessenausgleich und einen Sozialplan nach dem anderen verhandeln. Aus dem Zusammenschluss mit den Extra-Verbrauchermärkten und dem Erwerb von Wal-Mart ergaben sich weitere Probleme und Belastungen für alle Beteiligten bei real. Der Kauf von 19 polnischen Märkten des französischen Unternehmens Géant kostete real mal eben 224 Millionen Euro. Um diese außergewöhnlichen Ausgaben zu finanzieren, sollen nun tarifliche Leistungen bei den Beschäftigten in Deutschland abgebaut werden.

In einer ersten Stellungnahme kommentierte der Gesamtbetriebsrat (GBR), dass die Geschäftsführung von real ihr Ziel aufgegeben habe, mit dem Verkauf von Waren Gewinne zu machen. Stattdessen sei es wohl einfacher, den Beschäftigten in die Tasche zu greifen. Die stellvertretende Vorsitzende von ver.di, Margret Mönig-Raane, wies darauf hin, dass diese Politik ein kalkulierter Angriff der Konzernspitze auf die Einkommens- und Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten in der SB-Warenhaussparte und damit auch auf die Flächentarifverträge des Einzelhandels sei.

Ziele des Metro-Konzerns

Welche Ziele verfolgt der Metro-Konzern mit der Politik der Tarifflucht durch sein Tochterunternehmen real?

Der Vorstandsvorsitzende der Metro präsentierte den Aktionären auf der Hauptversammlung im Mai dieses Jahres eine erfolgreiche Bilanz: »2006 war für uns das wachstumsstärkste Jahr seit 1998. Wir haben Rekordergebnisse bei Umsatz und Gewinn erzielt und damit unseren Anspruch auf einen Spitzenplatz im internationalen Handel mit Nachdruck unterstrichen. Auch 2007 werden wir unsere Strategie des profitablen Wachstums und der nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswerts erfolgreich fortsetzen.« Die Dividende wurde um zusätzliche zehn Prozent erhöht.

Die höchsten Profite bringen die Großhandelsmärkte von Metro Cash & Carry sowie Media Markt und Saturn ein. Das Unternehmen real erfüllt zurzeit noch nicht die Gewinnerwartungen des Metro-Vorstandes. Höhere Umsätze bei real und damit höhere Gewinne für die Anteilseigner sind aufgrund der Kaufkraftschwäche und des ruinösen Wettbewerbs kurzfristig nicht erreichbar. Auch die Spätöffnungszeiten bringen nicht mehr Umsatz, sie kosten stattdessen mehr Geld. Also muss das »fehlende Geld« woanders herkommen – und da scheint nur der Griff in die Taschen der Beschäftigten übrig zu bleiben. Deutlich wird das auch in der diesjährigen Tarifrunde. Die Arbeitgeber fordern die Abschaffung bzw. die Senkung der Zuschläge für ungünstige Arbeitszeiten an den Abenden und an Samstagen. Das bedeutet umgerechnet monatlich im Schnitt 181 Euro weniger als vorher. Damit nicht genug. Das tarifliche Weihnachtsgeld soll ebenfalls gestrichen werden. Auch hier wird in den Tarifkommissionen der Arbeitgeber in den einzelnen Ländern wie auch in der Verbandspolitik des Einzelhandels die Machtpolitik des Metro-Konzerns deutlich. Lassen sich die Unternehmerforderungen mit Hilfe der Tarifpolitik nicht durchsetzen, werden Pflöcke in den eigenen Unternehmen gesetzt, wie jetzt bei real. Die Strategie, Lohndumping mittels Tarifflucht zu betreiben, wie sie derzeit innerhalb des Metro-Konzerns verfolgt wird, ist insofern nur der Anfang. Das Klima der Angst und Verunsicherung unter vielen Beschäftigten wird diese Prozesse beschleunigen, wenn es ver.di und den Betriebsräten nicht gelingt, massiven Widerstand und Gegenwehr zu organisieren.

Und die Politik?

Von der Politik können Beschäftigte, Betriebsräte und Gewerkschaften keine Unterstützung erwarten. Im Gegenteil, die Politik der letzten Jahre, eingeleitet durch die damalige rot-grüne Bundesregierung, hat diese Entwicklung begünstigt. Seit Jahren erpressen Unternehmer und ihre Verbände Beschäftigte und ihre Gewerkschaften mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen. Dahinter steht die Gier nach mehr Profit auf Kosten der Allgemeinheit, die sowohl durch die herrschende Politik als auch die Massenmedien wieder salonfähig gemacht wurde. Ansätze demokratischer Entwicklungen in Betrieben und Unternehmen wie auch in der Gesellschaft werden damit zunichte gemacht.

Insofern müssen sich die Einzelgewerkschaften und der Deutsche Gewerkschaftsbund auf eine härtere Gangart einstellen und den sozialpartnerschaftlichen Kurs endlich verlassen. Er hat der Mehrheit der Bevölkerung mehr geschadet als genutzt. Ein großer Teil der Verantwortlichen in den Gewerkschaften steht der SPD-Führung immer noch nahe, obwohl es dazu seit Jahren keinen Anlass mehr gibt. Die Rückbesinnung auf die eigenen Kräfte und eine konsequentere Interessenpolitik würden nicht nur Vertrauen schaffen, sondern damit auch wieder mehr Gewerkschaftsmitglieder ansprechen.

** Harold Henke war hbv/ver.di-Sekretär, zuletzt in Mönchengladbach, und arbeitet im Ruhestand ehrenamtlich für verschiedene Publikationen von ver.di.*

Wird der Metro-Konzern zerschlagen?

Kurz vor Redaktionsschluss erhielten wir die Meldung, dass ab November diesen Jahres der jetzige Vorstandsvorsitzende des Metro-Konzerns, Dr. Hans-Joachim Körber, durch den Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Eckhard Cordes abgelöst wird.

Cordes gilt als gefürchteter Sanierer und war auch mal als Nachfolger von Schrempp bei Daimler-Chrysler im Gespräch. Mittlerweile ist Cordes Vorstandsvorsitzender des Mischkonzerns Haniel und damit als Vertreter des größten Einzelaktionärs auch Aufsichtsratsvorsitzender bei der Metro. Für die Börse und die Aktionäre war dies Anlass zum Jubeln, doch was passiert mit den Beschäftigten, wenn der Metro-Konzern zerschlagen wird und nur die Filetstücke im Konzern verbleiben?

Der Kaufhof verfügt über sehr hohe Immobilienwerte, die bei einem Verkauf erhebliche Profite einbringen könnten. Das Unternehmen real ist nach der Integration mit Wal-Mart auf dem Wege, sich zu einem profitablen Konzern zu entwickeln und könnte bei einem Verkauf ebenfalls erhebliche Gewinne einbringen. Doch auch wenn die bisherigen Konzernstrukturen vorerst beibehalten würden, stehen gravierende Veränderungen besonders in den Unternehmen real und Kaufhof an, damit die Gewinnerwartungen der Aktionäre erfüllt werden. Leidtragende werden wiederum die Beschäftigten sein, die in der Vergangenheit schon unter dem ständigen Personalabbau und der damit verbundenen Arbeitsverdichtung litten. Betriebsräte und Gesamtbetriebsräte der Konzerngesellschaften müssen jetzt gemeinsam mit ver.di die Beratung über die neue Situation aufnehmen und eine gemeinsame Strategie und Gegenwehr zum Schutze der Beschäftigten entwickeln.

Junge Alte

Dr. med. Mabuse wurde 30!

Dr. med. Mabuse, die Zeitschrift für alle Gesundheitsberufe, wurde vor 30 Jahren als Studentenblatt gegründet. Inzwischen wird sie von allen Berufsgruppen im Gesundheitswesen gelesen, die ihre eigene Arbeit in größeren Zusammenhängen reflektieren wollen. Das Konzept, für alle zu schreiben, die mit dem Thema Gesundheit beruflich zu tun haben, ist in der Presselandschaft immer noch einzigartig.

Die Zeitschrift ist unabhängig und frei von der Einflussnahme durch Verbände, Parteien und die Pharmaindustrie. Mit Hintergrundinformationen, aktuellen Berichten und Kommentaren zu den Themen Gesundheitspolitik, Kranken- und Altenpflege, Ethik, Psychiatrie, Ausbildung/Studium, Medizin in der »Dritten Welt«, Gentechnik und Medizingeschichte erreicht sie mittlerweile über 50 000 Leserinnen und Leser. Dr. med. Mabuse wird geschrieben von und für Menschen, die für ein solidarisches und humanes Gesundheitswesen eintreten.

Viele Themen, die von Dr. med. Mabuse als erster Zeitschrift im Gesundheitswesen aufgegriffen wurden, sind längst Teil der öffentlichen Debatten geworden – wie die medizinische Versorgung von Flüchtlingen, Medizin im Nationalsozialismus, Frauen/Männer und Gesundheit, Umwelt und Gesundheit, Abschaffung der Hierarchien. Aber wer jetzt meint, Dr. med. Mabuse hätte sich damit überflüssig gemacht, irrt. In einer Zeit, in der Gesundheit immer mehr aus rein wirtschaftlicher Perspektive gedacht und bestimmt wird, ist ein berufsübergreifendes Reflektieren und Handeln in Richtung eines solidarischen Gesundheitswesens für alle Akteure – Patienten und Professionelle – notwendiger denn je.

Zehn Jahre jünger als Dr. med. Mabuse ist der Mabuse-Verlag, der mit ca. 40 neuen Büchern pro Jahr die Themen der Zeitschrift fortsetzt und vertieft. Neben engagierten Fachbüchern erscheinen Erfahrungsberichte von Patienten und Cartoon-Bände, die sich auch an ein breiteres Publikum wenden. Das dritte Standbein des Mabuse-Projektes ist der Mabuse-Buchversand. Er entwickelte sich aus dem Vertrieb von Broschüren und ist heute eine anerkannte Fachbuchhandlung für Pflege, Gesundheit und Medizin.

***Näheres** unter www.mabuse-verlag.de oder Mabuse-Verlag, Kasseler Str. 1 a, 60486 Frankfurt am Main*

Keine Orientierung, keine Hoffnung

Frank-Uwe Betz über zwielichtige Gesinnungstests für Einwanderer

1 Fast am Ende der documenta-Halle lockt schon von Ferne ein irritierendes, strahlend-orangerotes Licht. Hinter dem Durchgang zu dem schmalen Zwischen-Raum irrt der orientierungsuchende Blick verwundert umher – kein Strahler, keine Lampe sind zu sehen. Im Rück-Blick durch den Zugang zum Raum erstrahlen die in Wirklichkeit hellen Wände der documenta-Halle wie blau. Und plötzlich und unvermittelt erfasst den Besucher in diesem Zwischenraum Beklemmung; die gewohnte Wahrnehmung geht fehl. Der Boden, die Wände sind kahl, einzige Orientierung inmitten des schmalen Raums scheint ein Radiogerät auf dem Boden zu bieten. Jedoch, es ist nur eine Attrappe, und bleibt stumm. Einzig Lautsprecher geben gelegentlich Geräusche wieder, keinen verständlichen Klang, ein Rauschen, wie eine Störung in der Leitung; Ausdruck für Medien, die keine mehr sind? Oder die im Wortsinn Mittler sind – deren Geräusche, die sie wiederzugeben scheinen, von Dritten stammen, die in Bild und Ton selbst nicht vorkommen, Medien, die in Wahrheit nur noch Sprachrohre, Lautsprecher sind. Die Färbung des Lichts im Raum entsteht übrigens lediglich durch Tageslicht, die Gläser der Fensterwand sind mit einer Folie überzogen. Schon dadurch ließ sich die Perspektive verschieben, die Wahrnehmung erheblich irritieren – bei der Installation ›The Radio‹ des spanischen Künstlers Iñigo Manglano-Ovalle auf der documenta.

2 Zwielichtige »Willkommenskultur«: Wer als (islamischer) Einwanderer die deutsche Staatsbürgerschaft etwa in Baden-Württemberg beantragen möchte, einen deutschen Ausweis anstrebt, sieht sich zunächst einem ausführlichen Einbürgerungstest gegenüber, mit dem angeblich »Wissen« und »Werte« abgefragt werden sollen. Geklärt werden soll die »innere Hinwendung« des Einzubürgernden zur Bundesrepublik. Es ist wohl kein Zufall, dass die Begründung für den »variabel einsetzbaren« Gesinnungstest, auf diese Weise verhindern zu wollen, dass Gewalttäter, Extremisten und religiöse Fanatiker deutsche Staatsbürger werden, Einwanderer damit einfachhin mit Gewalttätern und Extremisten vermengt. Und wie sollte eine Gesinnung überhaupt ernsthaft getestet werden können? Wie sollten die »Extremisten«, technisch doch immer auf der Höhe der Zeit, nicht imstande sein, sich nötigenfalls im Internet längst verfügbare Musterantworten zu beschaffen? Und als wäre ausgerechnet Einwanderern zu unterstellen, sie wären die ersten, die Grundrechte und Rechte missachten oder hinter sich lassen – erinnert sei nur an Ehrenworte, vorgebliche jüdische Vermächtnisse, den potentiellen Abschuss ziviler Flugzeuge oder den etwaigen Einsatz der Bundeswehr im Innern.

Die erste Frage aus dem »Gesprächsleitfaden« für die Einbürgerungsbehörden in Baden-Württemberg samt der im Internet vorgeschlagenen Antwort: »1. Das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland umfasst die Werteordnung des Grundgesetzes, die inhaltsgleich für alle Staaten der Europäischen Union gilt. Dazu gehören unter anderem der Schutz der Menschenwürde, das Gewaltmonopol des Staates, das heißt, außer dem Staat darf in der Bundesrepublik Deutschland niemand Gewalt gegen einen anderen anwenden, es sei denn in Notwehr. Der Staat selbst darf Gewalt nur auf Grund einer gesetzlichen Ermächtigung anwenden – sowie die Gleichberechtigung von Mann und Frau. (Wortlaut!; Anm. d. Red.) Entsprechen diese Grundsätze Ihren persönlichen Vorstellungen? – Antwort: Ja.« Kürzer lässt sich das nicht sagen. Zustimmung dazu, dass Männer und Frauen in Deutschland gleichberechtigt sind, praktisch alle Berufe ausüben, Frauen Chefs sein dürfen.

Selbstredend lauten die Standardantworten auf die Fragen danach, welche Mittel gegen Verletzungen religiöser Gefühle in Filmen, Theaterstücken und Büchern anzuwenden wären, ob ein Mann seine Frau oder Tochter zu Hause einschließen darf, damit sie ihm in der Öffentlichkeit keine »Schande macht«, ob ungehorsame Frauen von ihren Ehemännern geschlagen werden dürfen, ob Kinder zwangsverheiratet werden dürfen, was gar zu Morden von männlichen Familienangehörigen an Töchtern oder Ehefrauen wegen »unsittlichen Lebenswandels« zu sagen ist: Keine Gewalt, reine Ablehnung.

Der »Grund« für die Nichtteilnahme der Tochter am regulären Sport- und Schwimmunterricht wird allerdings auch geliefert – man würde sie ja teilnehmen lassen, aber aufgrund einer körperlichen Behinderung sei ihr das nicht möglich.

Interessant ist, was die Fragen noch alles für möglich halten, zur Disposition stellen, welche Vorurteile noch angeführt werden. »Sie erfahren, dass Leute aus Ihrer Nachbarschaft oder aus Ihrem Freundes- oder Bekanntenkreis einen terroristischen Anschlag begangen haben oder planen. Wie verhalten Sie sich? Was tun sie?« »Sie haben von den Anschlägen am 11. September 2001 in New York und am 11. März 2004 in Madrid gehört. Waren die Täter in Ihren Augen Terroristen oder Freiheitskämpfer? Erläutern Sie Ihre Aussage« – und schließlich muss auch dies ja einmal gefragt werden: »Manche Leute machen die Juden für alles Böse in der Welt verantwortlich und behaupten sogar, sie steckten hinter den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York? Was halten Sie von solchen Behauptungen?« Die Antwort darauf lautet selbstverständlich: »Ich bin nicht der Meinung.« Wissen oder Werte? Zu den möglichen Fragen, die das hessische Innenministerium als Diskussionsgrundlage für den hessischen Test vorgelegt hatte, gehörten einerseits die am Rand der Strafbarkeit rangierende danach, was der Befragte dazu sage, wenn jemand »den Holocaust als Mythos oder Märchen« bezeichne, andererseits auch die vollkommen lächerliche Frage, auf welches sportliche Ereignis der Film »Das Wunder von Bern« Bezug nimmt.

3 Schlaglichter der Auswanderung und der Migrationspolitik: Zur Auswanderung führten schon zu früheren Zeiten Missernten, Hungersnöte, Armut, Pauperismus. »Auswanderung« gilt in der Bundesrepublik als Begriff des 19. Jahrhunderts, während dessen aus dem

Selbstorganisierte Gesundheit

Ein Gespräch über die Zukunft der »Clinica Junín« in Argentinien

Im express 7/2007 hatten wir über eine von den Beschäftigten angeeignete Klinik in Cordoba/Argentinien berichtet. Im Anschluss daran ergaben sich noch ein paar Fragen an die KollegInnen dort, die nun José López, der Vorsitzende der Gesundheitskooperative, für die KollegInnen der Kooperative beantwortet hat. Dabei geht es auch um internationale Unterstützung für ein exemplarisches Projekt.

Wie ist das Verhältnis der Mitarbeiter untereinander?

José López: Auf der Ebene des Umgangs miteinander bemühen wir uns um möglichst weitgehende demokratische Verhältnisse und haben dafür bestimmte Mechanismen entwickelt. Dazu zählen die monatlichen Versammlungen, die ein demokratisches und partizipatives Instrument darstellen, weil dort die wichtigsten Entscheidungen über das Schicksal unserer Kooperative getroffen werden. Die Versammlung ist das oberste Organ der Kooperative. Der Verwaltungsrat hat Kompetenzen in Bezug auf Entscheidungen in Alltagssituationen, muss darüber aber vor der monatlichen Versammlung Rechenschaft ablegen.

Sind alle Mitarbeiter gleichberechtigt?

José López: Alle Mitarbeiter sind Mitglieder der Kooperative und haben als solche Meinungs- und Stimmrecht. Es gilt also das Prinzip: gleiches Recht für alle. Niemand hat Sonderrechte oder Privilegien.

Wie ist die Bezahlung der Beschäftigten im Vergleich zu anderen Einrichtungen im Gesundheitswesen?

José López: Die Vergütung hängt ausschließlich von den Einnahmen ab, die wir durch unsere Dienstleistungen erwirtschaften. Diese werden von der Verwaltung nach folgenden Prinzipien aufgeteilt: Zunächst werden die allgemeinen, fixen Betriebskosten gedeckt, dann folgen die Löhne und Gehälter. Der Überschuss wird dann gleichmäßig unter den Mitgliedern je nach geleisteter Arbeitszeit, die in der Versammlung festgelegt wird, verteilt. Die Höhe der Einkommen entspricht momentan ungefähr derjenigen von Beschäftigten in privaten Einrichtungen des Gesundheitswesens.

Wie könnt Ihr Euer Projekt mit so günstigen Tarifen, also mit so niedrigen Beiträgen der Patienten, finanzieren?

José López: Wir können unsere Arbeit trotz niedriger Beiträge der Patienten deshalb aufrechterhalten, weil niemand von uns Erträge und Gewinne abschöpft oder hohe Managergehälter bezieht. Unser Anliegen ist es, die Klinik weiter zu führen, erstens um eine günstige und solidarische Gesundheitsversorgung zu gewährleisten, zweitens aber auch, um unsere Arbeitsplätze zu erhalten, die uns den Lebensunterhalt sichern. Deshalb verwenden wir die Einnahmen nur für die Fortführung des Betriebs und für gleichmäßig verteilte Einkommen.

Habt Ihr Probleme mit den privaten Konkurrenten?

José López: Wir lassen uns nicht auf die Konkurrenz mit anderen Einrichtungen ein. Wir handeln nicht nach den Regeln des Marktes und sind nicht wie irgendein kleines oder mittleres Unternehmen organisiert. Unsere Organisation lebt wesentlich von den Beziehungen zu den sozialen Bewegungen und zu dem sozialen Umfeld, in dem wir uns verorten. Das schützt uns vor der Isolierung. Das etablierte Gesundheitssystem ist weit davon entfernt, Gesundheit als ein Menschenrecht zu begreifen, sondern hat diese in eine Ware verwandelt. Dies hat unzählige negative Folgen, vor allem für die benachteiligten Bevölkerungsschichten. Wir sind davon überzeugt, dass wir ausgehend von unserer bescheidenen Organisation eine Alternative zum Bestehenden entwickeln können und müssen.

Welche politische Unterstützung habt Ihr?

Deutschen Reich vor allem nach Übersee Millionen Deutsche emigrierten – rund fünf Millionen Deutsche wanderten in diesem Jahrhundert allein in die Vereinigten Staaten von Amerika aus, bis zu 100 000 Personen zumeist nach Paris. Auswanderung bedeutete bis zum Ende des 19. Jahrhunderts eine endgültige Entscheidung, dann setzte bereits eine transatlantische Arbeitswanderung auf Zeit ein.

Es war Mitte der fünfziger Jahre, als das erste Anwerbeabkommen so genannter »Gastarbeiter« zwischen der Bundesrepublik und Italien auf Druck v.a. der Bauernverbände Baden-Württembergs und Hessens zustande kam. Es kamen Griechen, Italiener, Jugoslawen, Portugiesen, Spanier und Türken ins Land.

Ihre Lebensperspektive war vielfach noch auf das Herkunftsland gerichtet, da die dortigen Löhne geringer, die Arbeitsbedingungen und Qualifizierungschancen schlechter waren. Es war unsozial und kurzsichtig von Wirtschaft und Politik, »Arbeitskräfte« holen zu wollen und sich zu wundern, dass Menschen kommen. »Ausländerbeschäftigung« ist nie nur arbeitsmarktpolitisch zu verstehen, sondern hat soziale Auswirkungen.

Im Grund wurde über Jahrzehnte stets bestritten, dass Deutschland ein Einwanderungsland wurde. Eine tatsächliche Integration über das Staatsbürgerschaftsrecht und die Bildungs-, Arbeits- und Sozialpolitik wurde versäumt. Die Stellung der AusländerInnen entsprach diesem Tatbestand, sie waren und blieben vielfach nicht gesellschaftlich integriert, sondern befanden sich häufig am Fuß der sozialen Pyramide. Diese Versäumnisse könnten die Basis dessen sein, dass auch in Deutschland »Parallelgesellschaften«, gerade bei den jüngeren Generationen, längst entstanden sind. Zudem bildet diese Situation auch Anknüpfungspunkte für religiöse Eiferer, die mit Unterschieden in Kultur und Glauben arbeiten und damit locken, islamische »Identität« gegen christliche »Dekadenz« zu bieten zu haben.

Diskriminierende Vorurteile gegenüber Einwanderern, die in ausländerfeindlichen Wahlkämpfen immer wieder gerne mobilisiert werden, und Gesinnungstests als Ausdruck der Vorbehalte Einwanderern gegenüber, von Amts wegen und zu Wahlkampfzwecken: Sie können keine Antworten auf jene fortschreitende Entwicklung sein, in der der Weltmarkt die entscheidende Rolle spielt, der auf Ungleichheit basiert, diese fortschreibt und zu Konflikten und Wanderungsbewegungen führt. Heute sind es gerade die weltweiten wirtschaftlichen Verteilungskämpfe, Armut, Not und Teilhabewünsche, die zur Migration, zu den Versuchen von Flüchtlingen führen, in die westlichen Industriestaaten einzuwandern.

Die deutsche nationalstaatliche Migrationspolitik steht einem erweiterten Zufluchts- und Aufenthaltsrecht entgegen. Sie führt vielmehr dazu, dass die angebliche »Zuwanderung« in die Sozialsysteme möglichst unterbunden, dass die Arbeitsmigration nach dem wirtschaftlichen Bedarf des Landes ausgerichtet wird, das heißt: die verwertbaren Fachkräfte sollen aufgenommen, die »Überflüssigen« ausgeschlossen werden. Zu letzteren gehören in dieser Migrationspolitik all jene Flüchtlinge, die aus den Bedingungen ihrer Herkunftsländer, aus Not, Armut und Gewalt, oft unter Einsatz ihres Lebens, in die Zentren des wirtschaftlichen Wohlstands einzuwandern suchen und damit ihre Menschenrechte praktisch einfordern.

Europa – und Deutschland – suchen eine Abschottung nach außen zu betreiben. Sicherheitspolitisch wird als zu den europäischen Interessen gehörend ebenso der Schutz der Energie- und Rohstoffversorgung, der Schutz vor internationalem Terrorismus und organisierter Kriminalität wie vor illegaler Migration angesehen.

4 Graues Licht des politischen Alltags. Plötzlich großes Spektakel auf der documenta: Der hessische Landesvater schwebt per Hubschrauber ein, danach trifft der EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso mit großem Polizeikonvoi bei der Ausstellung ein. Soweit zu sehen, scheint Barroso interessiert, bleibt im Aue-Pavillon bei Kunstwerken immer wieder stehen, nimmt sich Zeit. Dann der hessische Landesvater. Für die Sicherheitskräfte soll das erwartete Bad in der Menge eine Herausforderung dargestellt haben. Allein: Es blieb aus. Die Menge blieb abgewandt, sie wandte sich gar nicht erst hin. Der Landesvater inmitten der Kunst – erscheint daneben stehend. Vielleicht ja auch deshalb, weil die hier gezeigte Kunst keineswegs nur sakral unterfütterten und anderen Tand bot, weil politische Themen durchaus gegenwärtig waren. Es ging um Kolonialismus, Gentechnik, Rechtsextremismus – und um Migration. Der Künstler Romuald Hazoumé aus Benin, von dessen Arbeit sich auch Barroso beeindruckt zeigte, hat kein Traumschiff gebaut, sondern ein Boot, mit dem er auf das Leiden afrikanischer Migranten hinweist, die keine Hoffnung mehr sehen, es gebe vielleicht die Möglichkeit, im Land zu bleiben. »Dream« hat er das Werk genannt – das große Boot, gezeigt vor dem knapp 17 Meter langen Foto eines scheinbar idyllischen afrikanischen Dorfs, besteht vor allem aus über 400 Plastikkanistern, die kaputt sind. So ist das Boot real keines, jedenfalls keines der Rettung. Und wie, fragt er dazu, kann es zusammenpassen, dass viele Länder in Westafrika reich an Öl sind und trotzdem eine Energiekrise haben? Ein Traum und wenig Hoffnung – bei 31 000 Flüchtlingen verliefen sie erfolgreich, doch über 6 000 sollen im Jahr 2006 bei Überfahrten von Afrika aus ums Leben gekommen sein. In am Boot angebrachten Glasballons finden sich Abschiedsbriefe und Fotos von Personen, die versuchten, von Afrika mit dem Boot zu den Kanarischen Inseln zu gelangen und dabei ertranken.

Aufstände im »Hinterhof«

John Bellamy Foster über lateinamerikanische Revolten

Die Revolte gegen die US-Hegemonie in Lateinamerika während der ersten Jahre des 21. Jahrhunderts macht nicht weniger als einen neuen historischen Moment aus. Lateinamerika, um mit Noam Chomsky zu sprechen, »erklärt neuerlich seine Unabhängigkeit« mit einem Versuch der Selbstbefreiung aus Jahrhunderten imperialistischer Fremdherrschaft.

Die Ernsthaftigkeit dieser Drohung gegen die US-Macht stößt auf eine wachsende Aufmerksamkeit in Washington. Julia Sweig, Direktorin des Lateinamerika-Programms beim Rat für auswärtige Beziehungen, führt aus, dass das 21. Jahrhundert sich als das »Anti-Amerikanische Jahrhundert« bezeichnen lasse, eine wachsende Intoleranz gegenüber dem »schrumpfenden« US-Empire markierend. In dieser Hinsicht, zumindest legt Sweig das nahe, ist gerade der starke Widerstand gegen die US-Kriegsmaschinerie im Irak für die politische Neuordnung der Linken bedeutend. Dieser Widerstand destabilisiert die US-Herrschaft in den Amerikas, und macht den Blick frei auf einen »prophetischen Mikrokosmos«, was weltweit erwartet werden kann.[1]

Die USA etablierten schon früh – über die Monroe-Doktrin von 1823 und den so genannten Roosevelt-Zusatz[2] von 1904 – ihr »Recht auf präventive militärische Intervention in den Amerikas,« erklärt Sweig. Aber die Lateinamerikaner selbst sahen dies nicht so. »Was für die USA die gerechte und offenkundige Ausdehnung ihrer Macht im Namen von nationalem Interesse, Werten, Märkten, Demokratie oder Nationenbildung war, wurde für Mexikaner, Cubaner, Nicaraguaner, Haitianer, Honduraner, Costa Ricaner, Dominikaner ... zu einem unbefugten Einschränken ihrer Souveränität durch einen Koloss.« Seit dem Zweiten Weltkrieg wurden die Lateinamerikaner immer wieder durch US-Interventionen unterworfen: »Guatemala 1954; Cuba 1961; die Dominikanische Republik 1965; Chile von 1970 bis 1989; die Militär-Diktaturen des Cono Sur[3] in den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts; die Contras, Aufstandsbekämpfung und Todesschwadronen in Mittelamerika; Invasionen in Grenada and Panama.« US-Außenminister Henry Kissinger erklärte im Hinblick auf das Chile Allendes glatt, dass die USA das Recht hätten, »der Vielfalt in Lateinamerika Grenzen zu setzen«.[4]

Der jüngste US-Versuch, »der Vielfalt in Lateinamerika durch militärische Mittel Grenzen zu setzen« (abgesehen vom andauernden verdeckten Krieg in Kolumbien), war der Staatsstreich, der 2002 gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Hugo Chávez in Venezuela ausgeführt wurde. Nicht nur wussten die USA davon, sondern es wurde ein Hilfsplan mit logistischer Unterstützung von ihnen bereitgestellt und verdeckt grünes Licht für den Putsch gegeben. Sie begrüßten den Putsch – als er sich dann ereignete – ganz offen und boten den Putschisten unverzüglich diplomatische Anerkennung an. Nichtsdestotrotz wurde der Putsch wegen des immensen Widerstands der Bevölkerung, die Chávez unterstützte, schnell niedergeschlagen, und Washingtons Pläne schlugen fehl. Vielmehr führten die Ereignisse dazu, Chávez' Aufstieg »zu einem Symbol der Herausforderung der USA, wie es Fidel Castro im 20. Jahrhundert war, zu beschleunigen,« so Sweig.[5]

Auch wenn Chávez und die Bolivarianische Revolution, der er Leben eingehaucht hat, die ersten Symbole einer neuen lateinamerikanischen Revolte sind, erkennt man das Aufbegehren der lateinamerikanischen Bevölkerung nun überall im der südlichen Hemisphäre. Eine knappe Liste dazu: Die Wahl von Evo Morales von der »Bewegung zum Sozialismus« (*Movimiento al Socialismo*) als Präsident Boliviens im Jahr 2005; die Allianz von Venezuela, Cuba und Bolivien in der Bolivarianischen Alternative für Lateinamerika und die Karibik (ALBA); die Wahl von Rafael Correa 2006 als Präsident von Ecuador, mit Chávez, Morales und Castro zusammen ein Befürworter des »Sozialismus für das 21. Jahrhundert«; die Wahl von Sandinisten-Führer Daniel Ortega zum Präsidenten von Nicaragua im Jahr 2006; die dramatischen Kämpfe um die Präsidentschaftswahl und die Kämpfe der sozialen Bewegungen in Mexiko (wo Millionen Menschen gegen die »gestohlene« 2006er Wahl protestierten und wo bedeutende Kämpfe in den Regionen Oaxaca und Chiapas stattfinden); der unerbittliche friedfertodos« (Es sollen alle abhauen) laut wurde, erhielten wir vor Gericht das Nutzungsrecht für die Klinik zugesprochen, als Pfand für die Löhne und Gehälter von elf Monaten, die der ehemalige Eigentümer uns schuldete. Damit verbunden war ein Verkaufsverbot für das Gebäude. Inzwischen jedoch, nachdem eben doch alle geblieben sind und eine gewisse labile politische Beruhigung eingetreten ist, hat es trotz dieses Verbots angeblich mehrere Eigentümerwechsel gegeben und man versucht, uns nun auf die Straße zu setzen. Angesichts dieser Situation und nach erfolglosen rechtlichen Schritten sehen wir keine andere Alternative zur Erhaltung des Projekts, als das Gebäude zu kaufen. Aber das können wir nicht mit eigenen Mitteln bewerkstelligen und sind deshalb auf Solidarität und Unterstützung von außen angewiesen. Deshalb starten wir derzeit eine internationale Solidaritätskampagne für unsere Kooperative. Dabei wollen wir aber nicht nur Spenden für den Erhalt der Klinik sammeln, wir wollen bei dieser Gelegenheit auch vermitteln, dass es angesichts der weltweiten Privatisierungswelle nicht nur in Argentinien notwendig ist, Alternativen eines selbstorganisierten Gesundheitswesens zu entwickeln.

Wie sieht die Zukunft Eurer Kooperative aus?

José López: Die Zukunftsperspektiven der Kooperative hängen letztlich davon ab, ob es uns die gelingt, das Gebäude zu behalten. Soweit das gelingt, sind wir überzeugt davon, dass das Projekt auf Grundlage unserer Erfahrungen eine gute Zukunft hat und weiterentwickelt werden kann.

Habt Ihr Kontakt zu KollegInnen in anderen besetzten Betrieben?

José López: Wir stehen im permanenten Kontakt mit den Compañeros der anderen selbstverwalteten Betriebe und solidarisieren uns mit ihnen, wenn sie vor einer Räumungsaktion stehen. Wir fuhren beispielsweise nach Neuquen, als es um die Verteidigung der Kachelfabrik Zanon (1 100 km südlich von Córdoba) ging oder nach Buenos Aires (800 km entfernt), als das Hotel BAUEN geräumt werden sollte. Außerdem gibt es regelmäßige nationale Treffen, bei denen alle selbstverwalteten Betriebe zusammenkommen und sich beratschlagen.

Seht Ihr Euch als Teil einer politischen Bewegung?

José López: Wie schon erwähnt legen wir großen Wert darauf, unsere parteipolitische Unabhängigkeit zu bewahren, vor allem weil wir uns nicht von den anderen sozialen Organisationen isolieren möchten. Auch sind wir in keinem der Dachverbände der besetzten Betriebe Mitglied, weil wir finden, dass es nur einen einzigen Dachverband geben sollte. Bedauerlicherweise hat sich die Bewegung in mehrere Teile gespalten und einige davon stehen heute sogar auf wechselseitigem Konfrontationskurs. Wir ziehen es vor, gute Beziehungen zu allen Compañeros dieser Bewegung zu pflegen.

(Übersetzung: Dora de la Vega/ Norbert Trenkle)

Bis ein Unterstützungsverein gegründet wird, hat Norbert Trenkle ein Spendenkonto eingerichtet: Postbank Essen, BLZ 360 100 43, Konto: 677 480 432, Stichwort: Clinica Junín (Die Spenden sind vorläufig noch nicht steuerlich abzugsfähig, ein gemeinnütziger Verein wird jedoch in Kürze gegründet)

tige Aufstand der Landlosen-Bewegung in Brasilien; Argentiniens Zurückweisung des Schuldendienstes und die damit verbundene Missachtung der Weltbankforderungen parallel zu den weit verbreiteten Fabrikbesetzungen und -übernahmen; die Ablehnung der US-geförderten Freihandelszone für ganz Amerika (*Free Trade Area of the Americas*, FTAA) und die Expansion des gemeinsamen Marktes des Cono Sur (MERCOSUR) – in dem Venezuela mittlerweile ein Mitglied ist; der anhaltende Widerstand der revolutionären bewaffneten Kräfte (FARC) in Kolumbien angesichts des »Kolumbien-Plans« der USA; Cubas erfolgreiche Bewältigung seiner »Speziellen Periode« und sein Übergang zu einer Post-Fidel-Regierung. Insgesamt zeigen diese Entwicklungen die Kraft, Breite, Verbreitung und vielschichtige Natur der neuen lateinamerikanischen Revolte.

Die Tatsache, dass die USA in Lateinamerika historisch die gesamte Palette »der Überlegenheit von Macht, die Hegemonie bietet«, ausprobierte, bedeutete, dass die herrschende Klasse der USA und die sie begleitenden außenpolitischen Eliten die gesamte Region häufig als ein »Laboratorium« der globalen US-Herrschaft betrachtet haben.[6] Es waren die US-gestützten Diktaturen des Cono Sur (Brasilien, Chile, Argentinien und Uruguay), denen der Neoliberalismus, also die Förderung eines neuen nackten Kapitalismus als Antwort auf weltökonomische Krisentendenzen – was die Eliminierung allen staatlichen Schutzes für die Bevölkerung und aller Grenzen der Bewegung des Kapitals erforderte – zuerst aufgedrängt wurde. Dieser Prozess schälte sich gerade vor dem Beginn der Schuldenkrise der »Dritten Welt« in den frühen 80er Jahren heraus und wurde vor allem mit der Allianz zwischen der Pinochet-Diktatur und der Chicago-Schule der Wirtschaftswissenschaften, angeführt von Milton Friedman, identifiziert. Doch nach Francisco Dominiguez, dem Kopf der Lateinamerika-Studien an der Middlesex-Universität in Großbritannien, »waren es ›Dritte Weg‹-Administrationen wie *Concertación*[7] in Chile, der Peronist Menem in Argentinien, die traditionellen Parteien *Blanco* und *Colorado* in Uruguay, die MIR-Banzer-Allianz in Bolivien, ADECO und COPEI in Venezuela, Fernando Henrique Cardosos sozialdemokratische Partei in Brasilien und der am stärksten pro-US-amerikanisch ausgerichtete Flügel innerhalb der mexikanischen Partei der institutionalisierten Revolution (PRI), um nur die prominentesten Beispiele zu zitieren, die den Neoliberalismus in diesen Ländern systematisierten, perfektionierten und konsolidierten.«[8]

Das Ergebnis war ein vollkommenes ökonomisches Desaster, das sich in der – für das ökonomische Wachstum – »verlorenen Dekade« der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts ausdrückte. 1980 lebten 41 Prozent der Bevölkerung Lateinamerikas in Armut. Bis 1990 stieg diese Ziffer auf 48 Prozent, während sie 2002 immer noch bei 44 Prozent lag. Fast die Hälfte der Armen Lateinamerikas, etwa 97 Millionen Menschen, kämpfen gegenwärtig mit einem Einkommen von weniger als einem US-Dollar pro Tag ums nackte Überleben. Gleichzeitig hat sich die Anzahl der lateinamerikanischen Milliardäre seit den späten 80er Jahren mehr als vervierfacht.[9]

Die heutige Unabhängigkeitsbewegung Lateinamerikas ist somit ein Versuch, den Neoliberalismus, der Lateinamerika von den USA und anderen entwickelten kapitalistischen Staaten aufgezwungen worden ist (durchgesetzt über IWF und Weltbank), zu überwinden. Morales stellte fest: »Die Ursache all dieser Akte des Blutvergießens [gegen die ausgebeutete Bevölkerung] und für das Aufbegehren der Menschen in Bolivien hat einen Namen: Neoliberalismus.«[10] Die Natur dieses Kampfes erfordert eine radikale Revolte gegen US-Imperialismus und Kapitalismus sowie gegen die internen Ausbeutungsverhältnisse, die in diesem Zusammenhang entstanden sind. Die Führung dieser Revolte wurde hauptsächlich von antikapitalistischen, antiimperialistischen, indigenen und sozialistischen Kräften übernommen. Klassen- und andere soziale Kämpfe setzten sich in den Ländern fort, hinzukommen bedenkliche Spannungen zwischen den Nationen. Nichtsdestotrotz gibt es ebenso Anzeichen für eine neue übergreifende lateinamerikanische Solidarität.

Alternativen zum nationalen Standortwettbewerb

Das erste Beispiel dafür ist ALBA (*Alternativa Bolivariana para los pueblos de Nuestra América*). Was zunächst als eine Allianz zwischen Cuba und Venezuela begann, umfasst mittlerweile auch Bolivien und hat die Unterstützung von Correa aus Ecuador. ALBA hat sich auf die Entwicklung kooperativer Tauschbeziehungen zwischen lateinamerikanischen Staaten im Hinblick auf die Befreiung der Region vom eisernen Zugriff des globalen Finanzkapitals des Nordens konzentriert. Das bekannteste Beispiel ist der Tausch von venezolanischen Öl gegen 20 000 Ärzte aus Kuba, um eine medizinische Grundversorgung für mindestens 17 Millionen Venezolaner aufzubauen. Aber auch weitgehendere kooperative Abmachungen sind unter der Schirmherrschaft von ALBA vorangetrieben worden, wie etwa in den verschiedenen Bereichen von Petrochemie, Alphabetisierung, Medien und sogar die über eine beabsichtigte Bank mit einer gemeinsamen Währung für Süd- und Lateinamerika.[11]

Die wachsende Orientierung nach links in Lateinamerika ist dem Koloss im Norden natürlich nicht entgangen. Dieser versuchte, bei einer Reihe von Gelegenheiten seit dem Putschversuch 2002 einen Regierungswechsel in Venezuela herbeizuführen (u.a. durch die Unterstützung einer nicht erfolgreichen Aussperrung von Arbeitern durch Ölbosse und von Oppositionskräften bei einem Referendum zur Abberufung der Präsidentschaft, was gleichwohl zu einem rauschenden Sieg für Chávez führte). Im Februar 2006 verglich US-Verteidigungsminister Rumsfeld die Wiederwahl von Chávez in Venezuela provokant mit der Wahl Hitlers zum deutschen Kanzler.[12] Im Juni 2007 klagte Außenministerin Rice Venezuela an, sich von der Demokratie durch die Verweigerung der Erneuerung der Übertragungslizenz von Radio Caracas TV, einem privaten Fernsehsender, der 2002 den Militärputsch in Venezuela aktiv unterstützt hatte, abzuwenden.

Wie Chávez abzusetzen ist, der Chávismus beendet und die Bolivarianische Revolution gestoppt wird, ist das Schlüsselproblem für Washington – als entscheidender Schritt in der Unterjochung Lateinamerikas. Seine erste »diplomatische« Strategie ist die Schwächung der Unterstützung für Chávez, einerseits in Venezuela selbst und andererseits in den außenpolitischen Beziehungen zu anderen großen lateinamerikanischen Staaten. Richard Haass, Präsident des Rates für auswärtige Beziehungen und früherer Direktor für Politikplanung im State Department von Bush, hob im November 2006 hervor, dass das Ziel die Formulierung einer Langzeitstrategie sei, »um Chávez' Wirkung und Macht zu schwächen.« Für die USA war das Hauptwerkzeug dies zu erreichen – in Übereinstimmung mit anderen Staaten Lateinamerikas – die Definition von »roten Linien in der Außen- und Innenpolitik«, dass etwa, automatisch die Isolation der Bolivarianischen Republik ausgelöst würde, falls Chávez diese Linien übertreten würde.

Haass' Bemerkungen wurden im Vorwort eines Berichtes des Rates für auswärtige Beziehungen *Center for Political Action*, mit dem Titel »Leben mit Hugo« (»Living With Hugo«), geschrieben von Richard Lapper, Lateinamerika-Korrespondent der Londoner *Financial Times*, präsentiert. Dem Bericht zufolge liegt eine vorrangige Bedrohung, die mit der bolivarianischen Revolution verbunden ist, in ihrem Charakter als »antikapitalistischer Kreuzzug.« (...) Dagegen könne eine gemeinsame ›Präventiv-Aktion‹ konstruiert werden, um jeden Schritt, den Chávez unternehmen könnte und der »eine Krise in Venezuela oder der Region verursachen könne«, zu begegnen. Rote Linien könnten gezogen werden, so wurde konkretisiert, 1.) zu jedem Versuch der Veränderung der Verfassung Venezuelas im Sinne einer Ausdehnung von Chávez' Amtszeit; 2.) venezolanischen Unterstützung für destabilisierende Kräfte in anderen Ländern; oder 3.) im Falle einer militärischen Beziehung mit Iran oder anderen Feinden der USA.

Alle Verstöße gegen das, was die USA für »Demokratie« halten, könnten mit einer roten Linie versehen werden, vorausgesetzt, die anderen großen lateinamerikanischen Mächte stimmen darin überein.[13]

In der Auseinandersetzung um die abgelaufene Sendelizenz von Radio Caracas TV lässt sich bereits die Umsetzung des Plans des Rates für auswärtige Beziehungen erkennen. *Human Rights Watch* hat sich an die Spitze der Kritiker gestellt, indem die Organisation dieses Vorgehen als einen »ernsten Rückschlag für die Meinungsfreiheit« (wohlgemerkt: für superreiche Medienmogule!) bezeichnete.[14] Zur gleichen Zeit sitzt ihr Direktor Kenneth Roth im *Center for Preventive Action Advisory Committee* des Rats für auswärtige Beziehungen, das den Umsturz der Bolivarianischen Republik plant. Und die ganze Zeit operiert die CIA mit gewaltigen monetären Ressourcen und ihrem mörderischen Know-How im Hintergrund. Es gibt kein Verbrechen, das die herrschende Klasse der USA nicht begehen wird, um dem »antikapitalistischen Kreuzzug« entgegenzuwirken – das heißt gegen den Befreiungskampf der Menschen Lateinamerikas, der ursprünglichen Grundlage des US-Empires.

Unter diesen Umständen ist der wichtigste Garant der Zukunft Lateinamerikas die wachsende Solidarität seiner Menschen – und die wachsende Solidarität aller Menschen der Erde mit Lateinamerika – im Sinne der Verhinderung weiterer US-Interventionen. Den Geist der lateinamerikanischen Revolution des 19. Jahrhunderts beschwörend, erklärte Chávez vor den Vereinten Nationen:

»Wir kämpfen für Venezuela, für lateinamerikanische Integration und für die Welt. Wir versichern nochmals unseren unbeschränkten Glauben an die Menschheit. Wir sind durstig nach Frieden und Gerechtigkeit, um als Menschheit zu überleben. Simón Bolívar, der Gründungsvater unseres Landes und Anführer

Strike back – bike forward

Betriebsbesetzung des Nordhausener Fahrradwerks geht in »produktive Phase«

Im letzten express hatte Dieter Wegner über die besetzte Fahrradfabrik Bike Systems in Nordhausen berichtet. Knapp einen Monat später, nach einer Demonstration der gesamten Belegschaft zum Finanz-Unternehmen Lone Star in Frankfurt, das die Biria-Gruppe Ende 2005 übernommen hatte, wurde eine Solidaritäts-Fahrrad-Kauf-Aktion ins Leben gerufen, um die Produktion von Fahrrädern in Nordhausen aufrecht zu erhalten. Auf unsere aktuelle Nachfrage am 1. Oktober, wurde uns bestätigt, dass von erforderlichen 1800 Fahrrad-Bestellungen bereits 1330 eingegangen seien. Es sieht also gut aus für eine fortgesetzte Fabrikation unter Arbeiterkontrolle. Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus dem Flyer für's Strike-Bike und rufen dazu auf auch weiterhin auf Bikes aus Nordhausen zu setzen – oder gar auf diesen zu radeln.

Seit mehr als zwei Monaten, seit dem 10. Juli 2007, halten 135 Kolleginnen und Kollegen der Bike Systems GmbH in Nordhausen in Thüringen im Harz ihre Fahrradfabrik besetzt.

Bislang findet sich kein Käufer für die heruntergewirtschaftete Fabrik. Der letzte Besitzer, die texanische Lone Star-Investment (Frankfurt/Brüssel) hat diese Fabrik genauso »plattsaniert« wie das zweite ehemalige Biria-Fahrradwerk im sächsischen Neukirch. Dem Investor Lone Star ging es um die Marktbereinigung, denn kurz vor dem »Aus« für die beiden ehemaligen volkseigenen Fahrrad-Werke verkaufte Lone Star die Maschinen und Verträge an die MIFA – Mitteldeutsche Fahrradwerke AG in Sangerhausen – für ein Aktienpaket von 25 Prozent des Konkurrenzunternehmens ...

Doch in Nordhausen wehren sich die ArbeiterInnen und kämpfen um ihre Arbeitsplätze!

Arbeiter-Solidaritäts-Fahrrad: Das Strike-Bike© 2007-Konzept: selbstverwaltet produzierte Fahrräder.

Die BesetzerInnen haben beschlossen, die Produktion von Fahrrädern in Selbstverwaltung wieder aufzunehmen. Dafür müssen bis zum 2. Oktober verbindlich 1 800 Bestellungen für Fahrräder eingehen. Beim Vertrieb arbeiten die KollegInnen mit der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft FAU zusammen (Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union).

Seit mehr als zwei Monaten hält die Belegschaft den Südharzer Betrieb der Bike Systems im 3-Schichtbetrieb besetzt. Sie will verhindern, dass der Betrieb endgültig demontiert und verkauft wird. Die beantragte Insolvenz vom 10. August hat kaum Aussicht auf Erfolg: Die Firma ist ausgeschlachtet, die Halle ist bis auf die Lackierstraße leergeräumt. Die Belegschaft erhält Arbeitslosengeld und hofft auf ein neues Konzept mit einem neuen Besitzer.

In der Zeit der Besetzung und durch Gespräche während der Besuche von solidarischen Menschen entwickelten die KollegInnen des Werkes die Idee, erst einmal für kurze Zeit die Produktion in Selbstverwaltung wie-

unserer Revolution, schwor, niemals seine Hände oder seinen Geist nicht ruhen zu lassen, solange nicht die Ketten durchtrennt sind, die uns an das Empire fesseln. Jetzt ist die Zeit, unsere Hände und unseren Geist ruhen zu lassen, bis wir Humanität erreicht haben.«[15]

Doch während die Hände derer, die den Ketten des Empires widerstehen, niemals untätig sein dürfen, müssen die Menschen in den USA und in der ganzen Welt, die an den Kampf für freie menschliche Entwicklung in Lateinamerika glauben, darauf bestehen, dass den Händen des Empires selbst Fesseln angelegt werden. Hände weg von Lateinamerika!

Übersetzung: Jörg Waschatz

Quelle: Monthly Review, Nr. 3, Juli-August 2007

Anmerkungen:

1) *Noam Chomsky: »Latin America Declares Independence,« International Herald Tribune, 3. Oktober 2006; Julia E. Sweig: »Friendly Fire: Losing Friends and Making Enemies in the Anti-American Century«, New York 2006, xv, 3, 212*
2) *Gemeint ist der als »Roosevelt-Corollary« bekannt gewordene Zusatz, den US-Präsident Roosevelt am 6. Dezember 1904 in seiner Jahresbotschaft an den Kongress als Ergänzung der Monroe-Doktrin verkündete. (Anm. d. Red.)*
3) *Gemeint ist der südliche Kegel bzw. der südlichste Teil Südamerikas. Er umfasst zumindest die Staaten Argentinien, Chile und Uruguay. Zumeist werden geographisch auch Paraguay sowie einige Bundesstaaten Brasiliens (Rio Grande do Sul, Santa Catarina, Paraná und São Paulo) dazugezählt. (Anm. d. Red.)*
4) *Julia E. Sweig, a.a.O., S. 4-5, 9, 17; Roger Morris: »Uncertain Greatness: Henry Kissinger and American Foreign Policy«, New York 1977, S. 241*
5) *Julia E. Sweig, a.a.O., S. 159. Die detailllierteste Beschreibung von Belegen dafür liefert Eva Golinger: »The Chávez Code: Cracking U.S. Intervention in Venezuela«, Northampton/Mass. 2006*
6) *Nicholas Spykman: »America's Strategy in World Politics«, New York 1942, S. 62; Julia E. Sweig, a.a.O., S. 2*
7) *»Concertación de Partidos por la Democracia« (Koalition der Parteien für die Demokratie) ist ein Bündnis von Mitte-Links-Parteien in Chile. Es ist aus dem Oppositionsbündnis »Concertación de Partidos por el No« hervorgegangen, das beim Plebiszit von 1989 für freie Wahlen eintrat (und gegen eine Verlängerung der Diktatur, deshalb »No«). Seit dem Ende der Militärdiktatur unter Pinochet kamen alle chilenischen Präsidenten aus dem Lager der Concertación (Anm. d. Red.).*
8) *Francisco Dominguez: »ALBA: Latin America's Anti-Imperialist Economic Project«, www.21stcenturysocialism.com (10. August 2006)*
9) *Ökonomische Kommission für Lateinamerika und die Karibik: »Trends in Poverty and Indigence, 1980-2006,« www.eclac.cl; Francisco Dominguez: »ALBA«, a.a.O.; Duncan Green: »Faces of Latin America«, Monthly Review Press, New York 2006, S. 42*
10) *Evo Morales: »Speech at ›In Defense of Humanity‹ Forum, Mexico City, 25. Oktober 2003«, in: Tariq Ali: »Pirates of the Caribbean: Axis of Hope«, New York 2006, S. 221*
11) *Francisco Dominguez: »ALBA«, a.a.O.*
12) *»Rumsfeld Likens Venezuela's Chávez to Hitler,« Associated Press, 3. Februar 2006*
13) *Richard Lapper: »Living with Hugo: U.S. Policy Toward Hugo Chávez's Venezuela (Center for Preventive Action, Council of Foreign Relations), November 2006, Nr. 3, S. 37; einschließlich des Vorworts von Richard N. Haass. Zu Haass eigener »Imperial America«-Strategie, siehe John Bellamy Foster: »Naked Imperialism«, Monthly Review Press, New York 2006, S. 97-106*
14) *Human Rights Watch: »Venezuela: TV Shutdown Harms Free Expression«, in: http://hrw.org/. (22. Mai 2007); vgl. Charlie Hardy: »Don't Cry for Venezuela's RCTV«, in: http://narcosphere.narconews.com/ (27. Mai 2007)*
15) *Hugo Chávez: »Rede vor den Vereinten Nationen am 16. September 2005«, in: Tariq Ali, a.a.O., S. 232*

Fall ins Leere

Panne im TVöD – keine Übergangsregelung

Anlässlich der Auftaktveranstaltung der Gespräche über eine neue Entgeltordnung zwischen ver.di und dem Bund sowie der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) Ende September zeigte sich, dass es schon in den Grundüberlegungen der Arbeitgeber – mehr scheinen sie im Moment noch nicht zu haben – erhebliche Unterschiede zum ver.di-Modell gibt. Da die Überlegungen der Arbeitgeber diesbezüglich noch nicht weit fortgeschritten sind, werden wir weiter ein Auge darauf werfen und zu gegebener Zeit berichten. Was man aber schon jetzt sagen kann, ist, dass die Entgeltordnung wohl nicht Gegenstand der für 2008 anstehenden Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst sein wird. Dafür scheint der Brocken zu groß und die Materie zu komplex. Stattdessen wird es also um zweierlei gehen: um eine kräftige Tariferhöhung und um das so genannte Übergangsrecht. Wichtige Regelungen des Übergangsrechts für ArbeitnehmerInnen sind nämlich – von der geneigten Öffentlichkeit nicht wirklich angemessen zur Kenntnis genommen – am 30. September 2007 ausgelaufen. Und was das bedeutet, wird im Folgenden deutlich werden. Wir dokumentieren hier Ausschnitte aus dem Flugblatt von ver.di zum Auftakt dieser Gespräche – allerdings nicht ohne darauf hinzuweisen, dass hier nicht nur die Arbeitgeber sich weigern, noch einmal über das Übergangsrecht zu verhandeln, sondern dass es eben auch ein Fehler von ver.di bei den Verhandlungen zum Überleitungstarifvertrag war, das Datum des 30. September 2007 für das Ende der Übergangsregelung festzuschreiben, ohne eine Rückfallklausel einzubauen für den Fall, dass es eben bis zu diesem Datum keine neue Entgeltordnung gibt. Das muss den Kollegen von ver.di irgendwann dann siedend heiß eingefallen sein, denn im Tarifvertrag für die Länder (TV-L) gibt es eine solche Klausel... Eine weitere Verhandlungsrunde mit Bund und Kommunen wird am 30. November 2007 stattfinden.

Die Arbeitgeber sahen sich im Rahmen der Gespräche nicht in der Lage, über die erforderlichen Anpassungen des Übergangsrechts mit ver.di zu verhandeln. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wichtige Regelungen des Übergangsrechts laufen am 30. September 2007 aus. Deshalb ist es vor Beginn detaillierter Gespräche über die Entgeltordnung notwendig, Regelungen über die Fortführung des Übergangsrechts bis zum Inkrafttreten der neuen Entgeltordnung zu vereinbaren. Diese Notwendigkeit sehen die Arbeitgeber jedoch nicht. Stattdessen wollen sie nur über Verfahrensfragen und Arbeitsschritte sprechen, ohne jedoch bereit zu sein, überhaupt einen ersten gemeinsamen Schritt mit uns zu gehen. Ebenso bringen sie erneut die Forderung nach Verlängerung der Arbeitszeit ins Gespräch, die in keinem Zusammenhang mit der Arbeit an der neuen Entgeltordnung steht und von uns zurückgewiesen wird. Wir bestehen auf der Fortführung aller Regelungen des Übergangsrechts auch nach dem 30. September 2007. (...)

Völlig unterschiedliche Einschätzungen gibt es zur Frage des Übergangsrechts. Für die Erarbeitung und Erstvereinbarung der Entgeltordnung zum TVöD hatten die Tarifvertragsparteien im Jahre 2005 einen Zeitraum von zwei Jahren eingeplant. Für eine Übergangsphase sollten Bewährungs-, Zeit- und Tätigkeitsaufstiege sowie andere für die Höhe der Monatsentgelte wichtige Vorschriften des früheren Tarifrechts noch zur Anwendung kommen. Diese Übergangsbestimmungen laufen am 30. September 2007 aus.

Die Arbeitgeber haben bislang kein Problembewusstsein für die Situation der KollegInnen erkennen lassen. Sie waren nicht bereit, sich in dem Gesprächstermin in Fulda auf eine Fortgeltung des Übergangsrecht einzulassen.

Eine Anpassung des Übergangsrechts ist jedoch aus unserer Sicht zwingende Vorraussetzung, um Nachteile für KollegInnen aufgrund der Untätigkeit der Arbeitgeber zu vermeiden. Aus diesem Grund werden wir die Verlängerung des Übergangsrechts beim nächsten Termin – am 30. November 2007 – erneut einfordern!

Was bedeutet es, wenn die Übergangsvorschriften des TVÜ ersatzlos auslaufen?

Hierzu einige Beispiele:

1 Beschäftigte in den Entgeltgruppen (EG) 2 bzw. 9-15, die sich nach dem bisherigen Tarifrecht am 1. Oktober 2005, dem Stichtag der Überleitung, in einem Bewährungs-, Zeit- und Tätigkeitsaufstieg befunden haben, können diese nicht mehr beenden, wenn der Zeitpunkt der Höhergruppierung nach dem 30. September 2007 liegen würde. Damit werden alle Beschäftigten benachteiligt, für die mehr als vierjährige Aufstiegszeiten gelten. Diese befinden sich zwar in einer EG, welche in der Endstufe das Niveau der bisherigen Aufrückungsgruppe abbildet. Allerdings wird das höhere Entgelt oft erst viele Jahre später erreicht, als es bei einem Bewährungsaufstieg der Fall wäre.

2 Beschäftigte in den EG 3, 5, 6 und 8 mit einem Bewährungs-, Zeit- und Tätigkeitsaufstieg nach dem bisherigen Tarifrecht von mehr als vier Jahren gehen ebenfalls leer aus, wenn sie am 1. Oktober 2005 noch keine 50 Prozent der für sie maßgeblichen Zeit erfüllt hatten. Die EG 3, 5, 6 und 8 bilden das Entgeltniveau nicht ab, welches nach einem Bewährungs-, Zeit- oder Tätigkeitsaufstieg in der früheren Aufrückungsgruppe erreicht worden wäre. Das ist ein zusätzlicher Nachteil gegenüber dem, was für die Beschäftigten in den EG 2 bzw. 9-15 vorgesehen ist.

3 Beschäftigten, welche am 30. September 2005 eine höherwertige Tätigkeit vertretungsweise wahrgenommen haben, wird eine Besitzstandszulage nach den Vorschriften des bisherigen Tarifrechts gezahlt. Diese Besitzstandszulage wird nach dem 30. September 2007 auf der Grundlage des § 14 TVöD neu berechnet. Damit können erhebliche Einkommensverluste verbunden sein, insbesondere dann, wenn die vertretene höherwertige Tätigkeit mehr als eine EG oberhalb der Eingruppierung des Vertreters liegt.

4 Seit dem 1. Oktober 2005 neu eingestellte sowie neu eingruppierte Beschäftigte in den EG 3, 5, 6 und 8 verbleiben dauerhaft in diesen Entgeltgruppen, weil für diesen Personenkreis Bewährungs-, Zeit- und Tätigkeitsaufstiege ersatzlos entfallen sind. Dazu ein Beispiel: ein/e ErzieherIn kann weder nach drei Jahren in die EG 8 höhergruppiert werden, noch nach weiteren vier Jahren eine Vergütungsgruppenzulage erlangen.

5 Nachteile drohen auch ab dem 1. Januar 2008 neu eingestellten Absolventen einer Fachhochschule, welchen nach bisherigem Tarifrecht ein Bewährungsaufstieg von Vb nach IVb BAT zugestanden hat. Dieser Personenkreis kann in der EG 9 höchstens Stufe 4 erreichen. (...)

Wir fordern:
Keine Absenkung oder Streichung von Zuschlägen und Leistungen zum 1. Oktober 2007! Eine Fortgeltung der Übergangsregelungen bis zum Abschluss der Entgeltordnung!

Eine neue und nachvollziehbare Entgeltordnung!

(Quelle: http://tarif-oed.verdi.de/entgeltordnung/data/ansicht_flugblatt_oed_auftakt.pdf)

---

der aufzunehmen. Weil es eben nicht nur darum geht, den Abtransport der letzten Maschinen zu verhindern und auf einen neuen Investor zu warten, stieß die Idee, ein eigenes »Strike-Bike« herzustellen, auf immer größere Resonanz. Jetzt bietet sich die Chance, ein eigenes Konzept zu entwickeln und die Produktion und den Vertrieb alleine auf die Beine zu stellen.

Wenn es tatsächlich klappt, 1 800 Vorbestellungen für die in Eigenregie produzierten Fahrräder zu sammeln, verbreiten wir solidarische Ideen und machen KollegInnen in ähnlichen Situationen Mut, sich nicht einfach »platt-sanieren« zu lassen. Von wem auch immer!

Hilfe erhält die Belegschaft von der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union. Deren solidarische Mitglieder werden bundesweit aktiv, um den Kampf der Fahrradwerker in Nordhausen bekannt zu machen und den Verkauf des »Strike-Bike« zu unterstützen.

Als Zugabe zum Fahrrad bekommt jede/r KäuferIn einen eigenen Fahrrad-Pass mitgeliefert, in der er/sie dann die Rahmen/Gestell-Nummer eintragen kann. Dieser Pass enthält außerdem das Produktionsdatum und den Qualitätsnachweis aller wichtigen Produktteile.

Das Fahrrad wird nur gegen Vorkasse zum Soli-Preis von 275 Euro (inkl. Versand und MWSt.) geliefert.

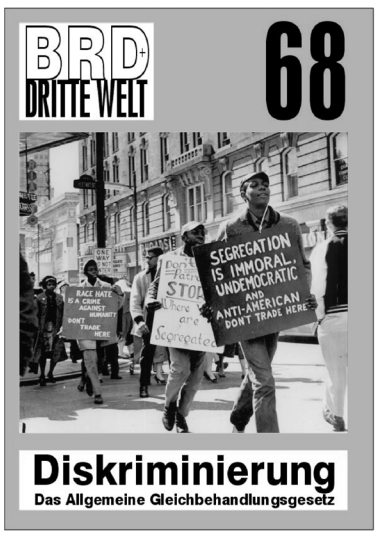
Fahrradläden und Händler erhalten einen Handelsrabatt – Läden werden ebenfalls nur gegen Vorkasse und Abnahmeverpflichtung beliefert. Sollten nicht genügend Bestellungen zusammenkommen erhalten alle ihr Geld zurücküberwiesen.

Weitere Informationen zu Hintergrund und Geschichte der Besetzung: *www.labournet.de und unter www.strike-bike.de*
Kontakt zur Belegschaft: *fahrradwerk@gmx.de, Bike-Systems GmbH, Freiherr vom Stein-Straße 31, 99734 Nordhausen, Tel. (03631) 622 131, Fax (03631) 622 146*
Bestellungen: *»Bikes in Nordhausen e.V.«, c/o André Kegel, Bruno-Kunze-Str. 39, 99734 Nordhausen, Tel. (03631) 622 124 und 403 591, Fax (03631) 622 170, fahrradwerk@gmx.de*

DISKRIMINIERUNG

Kann man Diskriminierung verbieten? Die Richtlinien der EU gegen Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes, einer Behinderung, der sexuellen Orientierung oder der ethnischen Herkunft wurden im August 2006 in Deutschland Gesetz. „Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz“ heißt es — was bringt es?

Reinhard Pohl:
Diskriminierung
Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz
Oktober 2007, 48 Seiten, 2 Euro
www.brd-dritte-welt.de



Wege ins Paradies?

Wolfgang Völker* zum neuesten »Widerspruch«

Widerspruch, Widersprüche, widersprüchlicher. Steigerungsformen sind immerhin denkbar. So viel Freiheit muss sein. Die neue Ausgabe unserer Schweizer KollegInnen jedenfalls bietet eine Fülle von Anregungen für die hierzulande etwas festgefahrene Debatte über Mindestlöhne und Grundeinkommen – und wer wollte bestreiten, dass dies etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun hat? Wir freuen uns umso mehr, diese ausführliche Rezension veröffentlichen zu können, als der Widerspruch auch den vermutlich letzten Beitrag von André Gorz beinhaltet und behandelt, den er vor seinem Tod geschrieben hat.

Das Heft 52 des Widerspruch widmet sich Fragen der sozialen Ungleichheit, der Ausgrenzung und sozialer Gerechtigkeit. Diskutiert werden im Heft zwei Schwerpunkte. Einmal der Themenblock, der um Fragen der (sozialen) Ungleichheit kreist und zum anderen ein Themenblock mit Beiträgen aus der aktuellen Diskussion um Grundeinkommen und Mindestlohn. Im ersten Schwerpunkt sind auf 140 Seiten elf Texte versammelt. Die AutorInnen greifen dabei verschiedene Fragen des Schwerpunktthemas heraus: Globale Ungleichheit und Armut, soziologische und politische Fragen der Klassengesellschaft und Klassenanalyse, empirische Blicke auf die gesellschaftliche Hierarchie in der Schweiz und Deutschland, Geschlechterverhältnis und (Un)Gleichheit, Bildung und soziale Ungleichheit bzw. soziale Unsicherheit. Auch die Rubrik »Marginalien/Rezensionen« enthält überwiegend Texte, die sich auf die Diskussion der Schwerpunktthemen beziehen.

Revolutionäre Perspektive? – Elmar Altvater

Im ersten Aufsatz des Heftes analysiert Elmar Altvater (S. 7-17) unter dem Titel »Der Skandal globaler Ungleichheit«, wie die politischen Klassen der G8-Staaten im Rahmen ihres letzten Gipfels weltweite Ungleichheits- und Armutsverhältnisse de-thematisiert haben. Altvater erklärt ausgehend vom Rahmen der so genannten Milleniumsentwicklungsziele (z.B. Beseitigung der extremen Armut und des Hungers, bessere Bildung, Gesundheitsversorgung, Gleichstellung der Geschlechter, Sicherung ökologischer Nachhaltigkeit, Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft) die G8 zu einem »beträchtlichen Bremsklotz bei der Realisierung der Milleniumsziele, die sie einst selbst aufgestellt haben« (S. 8). Anhand der von ihm vorgetragenen Daten zur Entwicklung der Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen im Weltmaßstab sieht er wenig Chancen für die von Eric Hobsbawn im »Zeitalter der Extreme« formulierte Hoffnung, dass das 21. Jahrhundert »das Jahrhundert der (gerechten) Verteilung« werden müsse – gemessen an einem 20. Jahrhundert, das »den Wohlstand insgesamt gesteigert, aber auch die Ungleichheit vergrößert« habe (S. 10). Den wesentlichen Grund für die Zunahme der Ungleichheit sieht Altvater in Rationalisierungsinvestitionen und der folgenden Produktivitätssteigerung, also der »Abschaffung formeller Arbeitsplätze« und der Zunahme der »Überflussbevölkerung« und des Wachstums des informellen Sektors (ebd.). In seiner Analyse besteht er darauf, dass diese Entwicklung nicht nur »Folge des Marktmechanismus«, sondern auch »Ergebnis der Politik ist, die sich dem Ziel der ›Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit‹ des Standorts durch Kostensenkung verschrieben hat« (S. 11). Der Text Altvaters greift die von G8-Staaten und im Rahmen von WTO und UN diskutierten Argumente zu Wirtschaftswachstum, ungleicher Entwicklung und Verantwortung auf und kritisiert sie. Wichtig ist ihm dabei der Hinweis auf den Widerspruch, dass häufig die Konfliktträchtigkeit globaler Ungleichheit betont wird, gleichzeitig aber die globalisierungskritische Bewegung wegen ihres antikapitalistischen Affekts kritisiert wird. Ein weiterer wichtiger Punkt – auch aus linker Perspektive – ist für Altvater das Wahrnehmen der ökologischen Grenzen des Wachstums und das fundamentale Defizit an demokratischer Legitimation von weltwirtschaftlich bedeutsamen Entscheidungsprozessen. Bei den vorherrschenden politischen Konzepten werde »hartnäckig« an »Strukturen der Weltwirtschaft« festgehalten, die die Ungleichheit konservieren und verschärfen (S. 16). Die Provokation von Widerstand, weil diese Verhältnisse als ungerecht begriffen werden, sei möglich, die Chance, dass Arme »revolutionär werden« (ebd.) sieht Altvater eher skeptisch, weil »die Organisation ihres schweren und manchmal gar elenden Alltagslebens ihre emanzipatorischen Energien bindet« (ebd.).

Prekarität & Klassenstruktur – Klaus Dörre

An Fragen, die mit der Wahrnehmung des Alltagslebens in den unteren Schichten der Gesellschaft aufgeworfen werden, knüpft auch der Beitrag von Klaus Dörre an (S. 19-29). Er konstatiert eine Rückkehr der sozialen Frage in den politischen Diskurs und plädiert dafür, »genauer hin(zu)schauen, wer sie stellt und mit welchem Ziel sie gestellt werden« (S. 20). Mit diesem Anspruch kritisiert er auf prägnante Weise die Versuche der Kulturalisierung von sozialer Ungleichheit und Armut, wie sie vor allem Paul Nolte in den letzten Jahren immer wieder diskurswirksam vorgetragen hat. »Klasse wird (bei Nolte) zu einem sozialen Ordnungsbegriff umfunktioniert, um von einer ›Position der Mitte‹ aus Verwahrlosung, Wertezerfall und Antibürgerlichkeit der Unterschichten brandmarken zu können« (S. 21). Aber auch sozialwissenschaftliche Versuche einer Analyse von Ungleichheit, die stabile Klassenlagen mit einer zunehmenden Fülle von »Markt- und Sozialstaatslagen« ersetzt sehen (das sieht er beispielhaft etwa bei Stephan Lessenichs und Frank Nullmeiers Buch »Deutschland – eine gespaltene Gesellschaft«, das 2006 veröffentlicht wurde), erscheinen Dörre zu »pessimistisch« und zu sehr »Momentaufnahme« einer Konkurrenzgesellschaft. Positiv aufgegriffen wird von Dörre der Gedanke dieser Analysen, dass soziale Ungleichheiten auch politisch, sozialstaatlich geformt und hergestellt werden. Die Rede von der gespaltenen Gesellschaft und der Blick auf die Wechsel in Soziallagen übersieht seiner Ansicht nach aber die »Verfestigung sozialer Ungleichheiten, wie sie sich in den westlichen Gesellschaften eben auch vollzieht« (S. 23). Gerade weil Dörre das Bild von »Klassen als homogene Kollektivsubjekte« für gesellschaftstheoretisch und politisch falsch erachtet, hält er an der Frage danach fest, wie sich »eine Sprache der Gemeinsamkeiten subalterner Gruppen« entwickeln kann (S. 24). Einen Ansatzpunkt sieht er in den Wirkungen des Strukturprinzips sozialer Ungleichheit, Beschäftigtengruppen zu privilegieren bzw. vom »Sozialeigentum« auszuschließen. Mit diesem Begriff Robert Castels sind die von der ArbeiterInnenbewegung erkämpften Rechte und Ansprüche auf soziale Sicherheiten gemeint. Die Ungleichheitstrukturen können – da ist sich Dörre mit Castel einig – in der Gesellschaft »Zonen unterschiedlicher Sicherheitsniveaus« beschreiben (ebd.). Daher liegt es nahe, wenn Dörre »unterscheidbare Aggregatzustände von Prekarität« und Klassenstrukturen analytisch zusammen binden will. Aus diesem analytischen Zusammenbinden leitet sich auch die Begründung seiner Hoffnung ab, dass die »Unsicherheitserfahrung«, die »Wiederkehr einer längst überwunden geglaubten Proletarität« dazu führen kann, Gemeinsamkeiten herzustellen, »die einer Klassenspaltung zwischen Festangestellten und Prekarisierten, zwischen Lohnarbeiterklassen und neuem Subproletariat durchaus entgegenwirken kann« (S. 25). Es wäre sicher auch unter historischen Gesichtspunkten eine interessante Frage, inwieweit Begriffe wie »Subproletariat« und »Unterschichten« in politischen Diskursen problematische (Ab- und Auf-)Wertungen enthalten, doch hier wird von Dörre eine ganz klassische Frage gestellt, die nach der »Klassenbildung, verstanden als Formierung ansonsten schwacher Interessen« (ebd.). Für Dörre ist das eine genuin politische Aufgabe im »Kampf um Hegemonie« (ebd.). Bewertungsmaßstab und Kennzeichen solcher politischen Klassenprojekte von unten ist für Dörre eine »inklusive Solidarität, die Interessengegensätze zwischen Arbeitslosen, Prekarisierten und Stammbeschäftigten produktiv bearbeitet, ohne sie zu negieren« (S. 26). Dieses Plädoyer für Vielstimmigkeit und politischen Streit anstelle eines »engen ideologischen Klassismus« (ebd.) sieht sich in Praxis und Debatten des *Organizing* und *Social Movement Unionism* bestätigt, ist skeptisch gegenüber großen Zielen und hält mit Immanuel Wallerstein daran fest, dass zumindest die krassen Folgen von Klassenunterschieden wie ungleicher Zugang zu Erziehung und Bildung, Gesundheitsfürsorge und lebenslangem Mindesteinkommen »außerhalb der Kommodifizierung« also außerhalb von Ware-Geld-Tauschbeziehungen, zu befriedigen sind (S. 27).

Mit den Fragen Dörres nach den Möglichkeiten politischer Gemeinsamkeiten auf Seiten der Subalternen und sozial Verwundbaren im Kopf kann man in den weiteren Texten im Widerspruch 52 noch viel Differenzierung der Ungleichheiten und ihrer Untersuchung finden, kann aber auch, wie hier praktiziert, zum zweiten Schwerpunkt springen. Denn dort werden Forderungen diskutiert, die häufig als einigendes politisches Band zwischen den Menschen in den unterschiedlichen Zonen der (Un-)Sicherheit vorgestellt werden.

Dringliches

Aufruf zur Konferenz antikapitalistischer Linker

Einladung zur sozialistischen Koordination

Gemeinsam nachdenken, gemeinsam handeln!

- für eine Welt ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg
- Koordinierung für eine starke linke Politik

Es wird eine kontinuierliche Koordination der antikapitalistischen Kräfte mit klarer sozialistischer Orientierung – Organisationen, Strömungen, Einzelpersonen – innerhalb und außerhalb der Partei »Die Linke« vorgeschlagen und es wird für dringlich gehalten, über die Formen dieser Kooperation zu sprechen.

Zeit/Ort: *14. Oktober 2007, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin.*
Kontakt: *Angela Klein, Email: amklein@arcor.de, Sebastian Gerhardt, Email: moominek@aol.com*
Wir weisen darauf hin, dass am 13.10.2007, ebenfalls im Haus der Demokratie und Menschenrechte, eine Konferenz zu »Staat und Revolution« stattfindet, die von SALZ, Marx Engels Stiftung und Marxistischem Forum Sachsen getragen wird.

Das Schattenkabinett aus Gütersloh

Drahtzieher bei Privatisierung, Sozialabbau und Militarisierung –
Eine Bertelsmann-kritische Tagung

Mit Slogans wie »Du bist Deutschland – Du bist 82 Millionen – Dein Wille ist wie Feuer unterm Hintern« initiierte vor zwei Jahren die Bertelsmann AG mit 30 Millionen Euro eine der größten deutschen »Social-Marketing-Kampagnen«: die – von Depressionen und Zukunftsängsten geschüttelten – Deutschen sollten wieder auf gute Laune, als »deutsche Volksgemeinschaft in ideologischer Not- und Zwangsgemeinschaft« getrimmt werden. Die Fortsetzung der Kampagne ist in Vorbereitung.
Hinter den Kulissen gehören der Bertelsmann-Konzern und seine Stiftungen zu den Strippenziehern bei Privatisierungen und Sozialabbau. Mit dem Bertelsmann »Transformations Index« werden die weltweiten – gegebenenfalls auch militärischen – Durchsetzungsmöglichkeiten von »Markt- und Wettbewerbsordnung«, die Ausschaltung von etwaigen »Vetoakteuren« in 119 Staaten der Erde beurteilt und zu Empfehlungen für außenpolitische Entscheidungen gemacht.
Wir wollen Licht in die strukturellen Einmischungen des Bertelsmann-Konzerns und seiner Stiftungen bringen, sowie notwendige Gegenstrategien beraten.
Workshops u.a. zu:

- »Konzern Stadt – wie Bertelsmann die Daseinsvorsorge übernimmt«

Bertelsmann übernahm bereits eine komplette Verwaltung in England. Und nicht nur in Würzburg mischen sich die Bertelsmänner erfolgreich immer tiefer in die Kommunalpolitik ein. *Harald Klimenta (attac), Karsten Arendt (ver.di)*

- »Zukunft besetzen – neoliberale Deutungen von kommunaler Selbstverwaltung und Demokratie«. *Lutz Brangsch (Rosa Luxemburg Forum)*
- »Bertelsmannisierung der Schulen«

Im Gewande einer scheinbar gemeinnützigen Stiftung nutzt Bertelsmann die Ausmagerung der Schulen zu einer Art schleichender Revolution: Mit Public-Private-Partnership wird die Ökonomisierung der Bildung vorangetrieben. *Horst Bethge (AG Bildungspolitik Die Linke, Hamburg), Thomas Höhne (GEW)*

- »Autonome Hochschulen und sozialverträgliche Studiengebühren«

oder: wie das Bertelsmann-CHE die Definitionshoheit über Probleme der Hochschulen erwirbt. *Torsten Bultmann (BdWi),* »Das Konzept »Stiftungsuniversität« als Modell für private-public-partnership-Strategie à la Bertelsmann«, *Amin Benaissa (AStA Uni Frankfurt)*

- »Gesetzesvorlagen aus Gütersloh«

Hartzgesetze, Gesundheits-und Rentenreform. *Axel Gerntke (IG Metall), Dieter Staadt (IG Metall)*

- »Weltmacht Europa«

Visionen zur deutschen und europäischen Außen- und Militärpolitik – gesponsert von der Bertelsmann-Stiftung und im Dienste des Bertelsmann-Konzerns. *Elke Schenk (attac), Rudolph Bauer (Universität Bremen)*

Zeit/Ort: *27. Oktober, 10 bis 18 Uhr, Frankfurt, Fachhochschule Frankfurt, Gebäude 2, Nibelungenplatz 1*
Veranstalter: *Asta Fachhochschule Frankfurt, attac, Rosa Luxemburg Forum Hessen, Otto Brenner Stiftung Hessen, LAK Landes Asten Konferenz Hessen, Bund Demokratischer WissenschaftlerInnen und Wissenschaftler – BdWI, Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (abs), Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit (pm), Frankfurter Bündnis gegen Privatisierung, Freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs), GEW Hessen, LabourNet, LobbyControl, »Ossietzky« (Zweiwochenschrift für Politik), ver.di FB 5 (Frankfurt, Rhein-Main), ver.di FB 7 (Hessen), gewerkschaftliche Vertrauensleute der FH Frankfurt/M.*
Kontakt & Anmeldung: *Angelika Wahl, Tel. (069) 77 45 83, rech-wahl @onlinehome.de, Andreas Stahl, Tel. (069) 15 33-32 02, Fax – 632 02, a.stahl@gmx.org*

Im Schwerpunkt »Grundeinkommen/ Mindestlohn« sind auf 50 Seiten fünf Texte versammelt, die sehr gut in die laufende Diskussion passen. Lobenswert ist allein schon, das Grundeinkommen mit dem Mindestlohn in einem Komplex zu diskutieren.

Traum von der Aneignung – André Gorz

Unter der Überschrift »Seid realistisch – verlangt das Unmögliche« lässt André Gorz die Leserinnen und Leser erneut an der Entwicklung seiner Gedanken zum bedingungslosen Grundeinkommen teilhaben (S. 141-147). Er erinnert an seinen schon 1983 formulierten Ausgangspunkt in »Wege ins Paradies«, das in der Originalausgabe den Untertitel »Die Agonie des Kapitals« hatte. Verkürzt gesagt, ging er damals davon aus, dass der Kapitalismus sich zu Tode automatisiere. Gegen dessen inneren Zusammenbruch würde mit der Zuteilung von Konsumgeld an die Bevölkerung und der Zuschreibung politischer Preise für lebensnotwendige Güter und Dienstleistungen reagiert. Nur so könne die kapitalistische Warengesellschaft aufrechterhalten werden. Die Bevölkerung bleibe damit in den Formen der individuellen Warenkonsumtion, der Markt- und Lohnbeziehungen gefangen. In den politischen Diskussionen der herrschenden Eliten kamen solche Ideen, so referiert André Gorz, z.B. 1995 bei einem von der Gorbatschow-Stiftung »organisierten Delphi« (S. 142) zum Tragen, wo für die »Überflüssigen« ein Grundeinkommen zum Kauf »betäubender Unterhaltung und ausreichender Ernährung« ins Spiel gebracht worden war. Zur Finanzierung eines Grundeinkommens wird des Öfteren darauf verwiesen, dass man ja durch die Besteuerung der fiktiven Geldvermehrung auf den Finanzmärkten Geld gewinnen könne, das zu verteilen wäre. Eine solche »Geldschöpfung ex nihilo« ist für Gorz auf Dauer unter herrschenden Produktionsverhältnissen nicht denkbar, ebenso wenig »ein in ordinärem Geld ausgezahltes ausreichendes Grundeinkommen« (S. 143). Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens hat für Gorz den Charakter eines Beitrags zur Linderung der »allgemeinen Misere«, ein Beitrag zur gesellschaftlichen Transformation sei es aber nicht. Die Feststellung der Systemimmanenz der Forderung hindert politisch – so versteht es jedenfalls der Rezensent – Gorz jedoch nicht an der emanzipatorischen Zuspitzung. Diese vollzog er in seinen Schriften der 90er Jahre und später. Nach seinem Verständnis und in der kritischen Auseinandersetzung mit

Widerspruch,
Beiträge zu sozialistischer Politik
Heft 52, 27. Jahrgang,
1. Halbjahr 2007, 236 Seiten,
16 Euro

Theorien der Immateriellen Arbeit, des kognitiven Kapitalismus (er meint v.a. Negri und AnhängerInnen) ist die Forderung nach einer Bezahlung der Arbeit der Selbstentwicklung, der Arbeit des Lebens nicht emanzipatorisch, sondern eine »Erweiterung des Lohnverhältnisses« (S. 146). Dieser Einwand kann getrost gegen alle Modelle des Grundeinkommens vorgebracht werden, die seine Gewährung in den Zusammenhang von z.B. als gesellschaftlich sinnvoll definierten Tätigkeiten, ehrenamtlicher Tätigkeit oder bürgerschaftlichem Engagement stellen. Demgegenüber vertrat Gorz die Auffassung, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen »die volle Entwicklung des Individuums ermöglichen« sollte – und nicht bezahlen (S. 145). Der kurze Text im besprochenen Heft hält an diesem Ziel fest, erinnert aber daran, dass seine Voraussetzung die Aneignung der Arbeit und Arbeitsmittel durch die assoziierten ProduzentInnen ist (S. 146). Dem bedingungslosen allgemeinen Grundeinkommen wird so die Funktion zugewiesen, »während des Zusammenbruchs der Warengesellschaft oder vor ihm den Übergang zu neuen Produktionsverhältnissen einzuleiten« (ebd.). Seinem Verständnis von Emanzipation: Befreiung vom Kapitalverhältnis und von der Lohnarbeit bleibt André Gorz sehr deutlich treu. Auch seinem Traum von der »Aneignung hochproduktiver Arbeitsmittel« und »nichtarbeitsteiliger, kooperativer Selbstversorgung auf kommunaler Ebene« (S. 147).

Harmonische Gesellschaft? – Avji Sirmoglu & Peter Streckeisen zum Grundeinkommen

Am emanzipatorischen Strang der Grundeinkommensforderung halten auch Avji Sirmoglu und Peter Streckeisen fest (S. 177-184). Sie kritisieren wirtschaftsliberale und anthroposophische Grundeinkommenskonzepte von Straubhaar, Werner und Häni/Schmidt zusammenfassend als Visionen einer »harmonischen Marktgesellschaft« (S. 179). Für eine linke Perspektive des Grundeinkommens ist es aus Sicht der Autoren – auch da ganz im Konsens mit André Gorz – notwendig, »sich vom Mythos ›Arbeit‹ zu befreien«, womit sie explizit Lohnarbeit meinen, aber auch die Ausklammerung von Reproduktion und gesellschaftlichem Naturverhältnis in der Politik der traditionellen hegemonialen Arbeiterbewegung (vgl. S. 180). Ihr Hinweis auf sozialstaatliche Rechte und Garantien, deren aktuelle Demontage in Form des Forderns und Förderns sowie die sozialen Schutzbedürfnisse ökonomisch verunsicherter Gruppen als gesellschaftliche Entwicklung, die ein bedingungsloses Grundeinkommen geradezu erfordere, sind weitere Bestandteile eines emanzipatorischen Zugangs zur Diskussion. Schließlich legen sie Kriterien vor, die erfüllt sein müssen, damit die Forderung eines bedingungslosen Grundeinkommens »Teil einer linken Perspektive« sein kann (S. 181f.): Finanzierung durch progressive Steuern, Ergänzung und nicht Ersatz bestehender sozialer Sicherungssysteme, Höhe des Grundeinkommens nicht unter Armutsgrenze und Mindestlöhnen. Wichtig ist ihnen auch die Verknüpfung mit dem Kampf gegen die Privatisierung öffentlicher Güter und für eine »unentgeltliche soziale Infrastruktur« (S. 182).

Bürgergeld als Überangebotsbremse – Werner Vontobel

Einen etwas anderen Blick auf die Diskussion liefert der Wirtschaftsredaktor des Zürcher *SonntagsBlick* Werner Vontobel. Er informiert (S. 185-190) über die Entwicklung der Produktivität und ihre Folgen für Arbeitszeit, Beschäftigungsniveau und Arbeitslosigkeit und zeigt sich als Anhänger der These, dass die Arbeit längerfristig abnehme (S. 187). Auch er befasst sich mit dem »Mythos Arbeit«, wenn er darauf hinweist, das die ökonomische Vorstellung des Menschen als Nutzenmaximierer ziemlich daneben greift, gehe es bei Lohnarbeitenden doch auch z.B. um Anerkennung und soziale Integration. Allerdings bleibt Vontobel selber in der Ökonomie von Angebot und Nachfrage befangen, stellt er doch fest, dass die Arbeitnehmer tendenziell zu viel Arbeit anbieten (S. 188). Dieses Überangebot werde vom Sozialstaat gebremst, der deshalb ein notwendiger und funktionaler Bestandteil der Marktwirtschaft sei. Ein Grundeinkommen stellt für Vontobel die interessante Chance dar, das Arbeitskräfteangebot und Arbeitsangebot weiter zu reduzieren: »Es ist eine Aufforderung zur Gemütlichkeit und/oder Ineffizienz« (S. 189). Wenn es zum »weniger Arbeiten« und »weniger Konsumieren« beiträgt, ist es für Vontobel ein Erfolg; wenn es dazu führt, noch mehr von lukrativer Erwerbsarbeit auszuschließen, ist es eine Falle (ebd.). Im Unterschied zu den vorher vorgestellten Texten hat Vontobel als Ziel die Rettung von »Marktwirtschaft und Demokratie« im Auge. Der Weg dorthin geht für ihn nicht ohne »Bürgergeld«.

Lateinamerika im Aufbruch...

Wochenendseminar für Jugendliche und junge Erwachsene bis 26

Nachdem lange Zeit konservativ-neoliberale Politik das Bild Lateinamerikas dominierte, sind in den vergangenen Jahren in zahlreichen Ländern neue Bewegungen an die Macht gekommen. Von Landreformen, Sozialismus und sozialer Gerechtigkeit ist viel die Rede. Was hat es auf sich mit der wieder erstarkten Linken in Lateinamerika? Wir möchten uns damit beschäftigen, was auf diesem Kontinent der Kontraste politisch gerade vor sich geht. Zunächst werfen wir einen Blick in die Geschichte, die von Unterdrückung und diktatorischer Macht, aber auch von Vielfalt an kreativem Widerstand gegen die Zumutungen der Herrschenden geprägt ist.
Auch in der Gegenwart hat die Linke viele Gesichter: Da gibt es zum einen die Compañeros aus Kuba, die Chavistas aus Venezuela, die Cocaleros aus Bolivien oder die Zapatistas aus Mexiko.
Natürlich gibt es auch Konflikte und Widersprüche in all diesen Bewegungen. Diese wollen wir ebenso kritisch unter die Lupe nehmen wie die Chancen der neuen Kräfteverhältnisse für eine gerechtere Gesellschaft.
Aus dem Programm:

- »Leg dein Ohr an die Schiene der Geschichte«: 500 Jahre Kontinent der Kontraste
- »Salsa, Sombrero & Sozialismus«: vier Portraits der Lateinamerikanischen Linken (Kuba, Venezuela, Bolivien, Mexiko)
- »Und wo geht's jetzt nach links?« Eine kritische Bestandsaufnahme des Aufbruchs in Lateinamerika

Zeit/Ort: *26. bis 28. Oktober, ver.di Jugendbildungsstätte Konradshöhe, Stößerstraße 18, 13505 Berlin*
Anmeldung bis 12. Oktober, Teilnehmerzahl max. 16, Teilnahmegebühr: 20 Euro
Kontakt: *Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung, Kottbusser Damm 72, 10967 Berlin, Tel. (030) 61 12 89 67, Fax (030) 618 30 11,*
email: jkubens@bildungswerk-boell.de, www.bildungswerk-boell.de

»Gewerkschaften – Parteien – Regierungspolitik«

Diskussionsveranstaltung des Zukunftsforum Gewerkschaften Rhein-Neckar mit Detlev Hensche

In Mannheim wird die Erinnerung an den historischen Parteitag der SPD von 1906, bei dem die Trennung von Partei- und Gewerkschaftsarbeit beschlossen wurde, hochgehalten. Formal unabhängig gab es trotz dieser Trennung weiterhin ein stillschweigendes Bündnis zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Neben inhaltlichen Übereinstimmungen in der Programmatik waren es vor allem personelle Verschränkungen auf der Führungsebene und bei den Funktionären, die vor allem in der Nachkriegszeit Basis der besonderen Beziehung war. Es bedurfte keiner expliziten Beschlüsse, dass sich in den letzten Jahre Gewerkschaften und SPD zunehmend entfremdeten. Spätestens mit den Hartz Gesetzen, den ›Reformen‹ in der Kranken- und Rentenversicherung und der Vorherrschaft neoliberalen Gedankenguts in weiten Teilen der Sozialdemokratie, waren die Differenzen nicht mehr zu überbrücken, kam es zu offenem Protest. Eine sicher nicht beabsichtigte, aber logische Folge der skizzierten Entwicklung war die Gründung und Erstarkung der Linkspartei, vor allem von kritischen Kräften aus den Gewerkschaften vorangetrieben. Die SPD, aber auch die sie stützenden Kräfte innerhalb der Gewerkschaften, sind durch die Linkspartei zusätzlich unter Druck geraten, tritt doch die Linkspartei mit politischen Forderungen an, die in weit höherem Maße deckungsgleich mit gewerkschaftlichen Forderungen sind als die in der Regierungspolitik gefangenen SPD. Zwar versucht diese sich mit der Forderung nach einem Mindestlohn wieder akzentuierter vom Regierungspartner abzuheben, doch droht selbst dieses Projekt zu versanden, wie bei der Auseinandersetzung um Mindestlöhne bei den Postdienstleistern zu beobachten ist.
Obwohl die große Koalition keine Korrektur der von Rot-Grün eingeleiteten Politik vornahm, ist der Widerstand der Gewerkschaften gegen die unsoziale Politik der letzten Jahre auffallend gedämpfter geworden.

- Ist dies Ausdruck der inneren Schwäche der Gewerkschaften und ihrer Unentschlossenheit, wohin der Weg nun gehen soll?
- Oder formieren sich die Gewerkschaften als soziale Bewegung neu, die mit veränderten Aktionsformen und in neuen Bündnissen für soziale Gerechtigkeit eintreten?
- Stellt die faktisch gewordene größere Unabhängigkeit gegenüber Parteipolitik gar eine Stärkung gewerkschaftlicher Politik dar?

Detlev Hensche war der letzte Vorsitzende der IG Medien. Durch seine jahrelange Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung ist er sowohl ein profunder Kenner der Gewerkschaftsgeschichte der letzten Jahrzehnte als weiterhin ein kritischer Begleiter bei den Diskussionen um die Perspektiven gewerkschaftlicher Politik. Wir laden herzlich ein!

Zeit/Ort: *Donnerstag, 11. Oktober 2007, 19.30 Uhr, Gewerkschaftshaus Mannheim, Hans Böckler Straße 1, Otto-Brenner-Saal*

Nur die halbe Revolution – Michael R. Krätke zum BGE

Wesentlich kritischer äußerst sich Michael R. Krätke (S. 149-164) zu Forderungen nach einem Grundeinkommen. Nachvollziehbar ist für ihn, dass die Forderungen heutzutage wieder gestellt werde, verspricht ihre Erfüllung doch den »Sprung aus der heutigen Misere in eine sichere Existenz« (S. 149). Aus Krätkes Sicht ist die Forderung nach einem Grundeinkommen der Versuch der Erweiterung von Bürgerrechten im Sinne eines »ökonomischen Existenzrechts für alle« (S. 150). Dieses Recht sieht Krätke in vielen europäischen Staaten als Recht auf ein Existenzminimum in vielerlei Formen. Jedoch seien diese Rechte alles andere als »bedingungslos«. Der politische Konflikt um die Bedingungen der Gewährung und der Verteilungskampf um die Höhe des Grundeinkommens sind für ihn wesentliche Räume der Auseinandersetzungen im Rahmen der gegenwärtigen Gesellschaft. Verteilungskämpfe sekundärer Art spielten sich in unserer Gesellschaft wesentlich als Kampf um Regeln der Besteuerung von Einkommen ab. In der steuerpolitischen Diskussion sieht Krätke im Vorschlag von *tax credits* für die, die unter einem bestimmten Einkommensniveau verdienen, die Chance eines Brückenschlags zwischen dem »Recht auf ein Existenzminimum« der direkten SteuerzahlerInnen und dem Recht auf ein Existenzminimum für die, »die zu arm sind, um direkte Steuern zu zahlen« (S. 152). In allen »demokratischen Wohlfahrtsstaaten des globalen Nordens« sieht Krätke einen systematischen Fehler darin, dass die Regelungen sozialer Sicherungssysteme es »Arbeitslosen schwer (machen), selbst im formellen Niedriglohnsektor wieder Fuß zu fassen« und »viele arbeitende Arme daran« hindern, »aus ihrer Notlage herauszukommen« (S. 153). Man interpretiert Krätke wahrscheinlich fehl, schiebt man ihn in die Ecke neoliberaler Theorien der Fehlanreize, denn trotz des positiven Bezugs auf dieses klassisch liberale und ökonomistische Argument ist seine Folie der Kritik eine »hochmoralische (und politische) Ökonomie« des Sozialstaats, die Arme unterschiedlich bewertet: Arbeitende, Arbeitslose, Langzeitarbeitslose. Sie alle sind »Bürger zweiter Klasse«, deren persönliche Freiheitsrechte, zivilen Schutzrechte der Privatsphäre und deren Rechte als Privateigentümer minderer Natur seien (Einkommens- und Vermögensanrechnungen) (vgl. S. 154). In diesem rechtlichen Status zweiter Klasse zeigen sich ganz konkret die Bedingungen, unter denen das Recht auf ein Existenzminimums gewährt wird. Aus Krätkes Perspektive ist »soziale Sicherheit ... wieder zum Klassenprivileg geworden« (S. 155). Auch deswegen werde die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens attraktiv, allerdings erfordere es einen deutlichen und raschen Bruch mit dem bisherigen Sozialstaat. Ein Nebeneinander mit vorhandenen lohnarbeitsbezogenen und lebensstandardorientierten Formen sozialstaatlicher Absicherung erscheint Krätke als reformerische politische Handlungsperspektive nicht möglich.

Die Forderung eines Grundeinkommens ist für ihn Ausdruck des »bürgerlichen Radikalismus«, folglich allenfalls eine »halbe Revolution« (ebd.). Die Halbheit sieht Krätke vor allem darin, dass »die Veränderung des Verteilungsmodus nur teilweise, nur für die Sozialtransfers zu gelten« hat, »die Ungleichheit der Besitz- und der Eigentumsverhältnisse, daher der Einkommens- und Vermögensverteilung soll bleiben. Ohne die kapitalistische Produktionsweise zu verändern, ohne die Lohnarbeit bzw. den Arbeitsmarkt aufzuheben, wird der Hebel eines radikal anderen Verteilungsmodus angesetzt« (ebd.). Den Linken, die solche Forderungen unterstützen, stellt Krätke die Ziele ihrer neokonservativen und neoliberalen Mitstreiter entgegen, die er in der schlichten Abschaffung bestehender Sozialstaatlichkeit und damit auch der schlagartigen »Enteignung« von sozialen Rechten und sozialen Leistungen sieht. Die Befreiung der Armen und Arbeitslosen von bürokratischem Druck wäre auch aus seiner Sicht eine »Erlösung«, jedoch erkauft mit »dem dauerhaften Ausschluss vom Arbeitsmarkt (bzw. dessen ›besseren‹ Segmenten« (S. 157)).

Letztlich sieht Krätke ein Grundeinkommen als marktkonform in spezifischer Art und Weise: »Mit einem Grundeinkommen in der Tasche hat man in einer kapitalistischen Marktökonomie nur die Wahl, auf Armutsniveau mühsam und schlecht zu überleben oder sich schleunigst auf dem Arbeitsmarkt zur Stelle zu melden« (S. 156). Krätke betrachtet auch die Finanzierungsvorschläge und die Grundeinkommensbeträge, die derzeit auf dem Markt der Vorschläge sind, und kommt bei immanenter Würdigung zum Ergebnis, dass, wer nicht zu den besitzenden Klassen gehört, auch »einiges an öffentlichen Gütern und Gemeingütern (auch Sozial- und Gesundheitsleistungen)« verliere, die zum Leben nötig sind (S. 159). Seine reformerischen Alternativen versteht er als »Reform nach Rawl'schem Muster: Einigen, denen es nicht besonders weh tut, wird genommen, um denen zu geben, die heute unter ungünstigen Bedingungen leben müssen« (S. 160). Grundsicherung für die mit den schlechtesten Lebenschancen, persönliche und familienbezogene *tax-credits* und gesetzliche, flächendeckende Mindestlöhne sind sein reformerischer Dreisprung, der vor allem in der steuerpolitischen Praxis kompliziert ist, wenn er gerecht sein will. Sympathisch ist das Plädoyer Krätkes gegen Patentlösungen, richtig ist seine Kritik an Vereinbarkeitsvorstellungen mit neokonservativen und liberalen Konzepten, politisch wichtig ist sein Hinweis auf die Bedeutung öffentlicher Güter, aber wenig überzeugend ist sein Plädoyer für *tax-credits* als Strategie. Im Widerspruch 49 hatte Atzmüller gerade am Beispiel Großbritanniens deutlich gemacht, dass die dort praktizierten *tax-credit*-Systeme negative Auswirkungen auf die Lohnhöhe haben und praktisch mit Strategien einhergehen, die im Sinne der von Krätke angesprochenen moralischen Ökonomie des Sozialtstaats die Verpflichtung zur Lohnarbeit um jeden Preis einfordern. Der von Krätke angesprochene Baustein einer Reformpolitik: die Forderung nach gesetzlichen Mindestlöhnen, wird in der Diskussion um das Grundeinkommen immer wieder angesprochen.

Mindestlöhne zwischen Autonomie und Gesetz – Andréas Rieger & Hans Baumann

Deshalb lohnt sich der Blick auf die Erfahrung einer politisch verstandenen Kampagne wie die der schweizerischen Gewerkschaften »Keine Löhne unter 3 000 Franken« (S. 168). Andréas Rieger und Hans Baumann erzählen die Geschichte dieser Aktivitäten (S. 165-176) und stellen die Folgen dieser Aktivitäten für die Lohnentwicklung einzelner Branchen dar. Als konkreter Erfolg gilt hier, dass der Anteil der Frauen, die Löhne unter 3 000 Franken verdienen, im Zeitraum 1998 bis 2004 von 11,3 Prozent auf 3,8 Prozent gesunken ist. Auch hat die Kampagne in der Öffentlichkeit dafür gesorgt, Mindestlohn als politisches Thema positiv zu besetzen, gegen die Vorherrschaft neoliberaler ökonomischer Vernunft (vgl. S. 169). Die Forderung nach Mindestlöhnen wird auch im Rahmen eines »Manifests für eine europäische Mindestlohnpolitik« gestellt, das Ergebnis einer gemeinsamen Tagung von schweizer, deutschen und französischen Interessierten war. Für die schweizer Gewerkschaften selber stellt sich nach wie vor die »Frage nach der Strategie in der Mindestlohnpolitik« (S. 175). Und die Frage bewegt sich wie bei uns zwischen Mindestlöhnen im Rahmen von Gesamtarbeitsverträgen (vergleichbar unseren Flächentarifen) und Mindestlöhnen auf gesetzlicher Basis, in der Schweiz auf Basis eines »verbindlichen Normalarbeitsvertrags«, in dem Mindestbedingungen zur Lohnhöhe und zur Arbeitszeit zwingend festgelegt werden. Unter dem Gesichtspunkt der Bekämpfung von Armut trotz Arbeit, darauf weisen Rieger und Baumann hin, müssen Mindestlöhne über »60 Prozent des Medianlohns« liegen und im Einzelfall mit »zusätzlichen Einkommensanteilen für Personen mit Erziehungs- und Unterstützungspflichten« ergänzt werden (S. 176).

Der im Editorial formulierte Anspruch der Redaktion, mit dieser Ausgabe des Widerspruch in die gegenwärtigen Debatten »zur weiteren Konkretisierung einer Politik der sozialen Gerechtigkeit« einzugreifen, kann als erfüllt gesehen werden. Dass die Beiträge in der laufenden Debatte gut mitreden können, ist hoffentlich deutlich geworden.

** Wolfgang Völker ist Mitglied der Redaktion der Zeitschrift Widersprüche.*

Nächster Redaktionsschluss: 22. Oktober 2007

In den nächsten Ausgaben: 1-Euro-Jobs = Arbeitsdienst? ● Politischer Streik – ein Wunschmodell? ● Gewerkschaften und Rechtsextremismus ● Quadratur des Kreises bei IG BAU? ● Arbeitskampf im gehobenen Angestellten -Milieu – aber wie? u.v.m.

Neue Prämien für neue Abos

Für jedes neu geworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Prämien (bitte ankreuzen)

☐ *Nadja Rakowitz:* »Einfache Warenproduktion. Ideal & Ideologie«, 2. Auflage, Freiburg 2003

☐ *Wolfgang Schaumberg:* »Eine andere Welt ist vorstellbar? Schritte zur konkreten Vision ...«, Ränkeschmiede 16, Offenbach 2006

☐ *Jens Huhn:* »Anders arbeiten – bei vollem Gehalt«, Mannheim/Heidelberger HBV-Hefte, Mannheim, 2001

☐ *Yvette Bödecker / Heinz-Günter Lang:* »Der längste und letzte Tanz bei Nanz«, Mannheim/Heidelberger HBV-Hefte, Mannheim, 1999

Ich bin *express*-AbonnentIn und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben.
Meine Anschrift:

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Abonnement

Ich abonniere den *express*

☐ zur Probe 4 Nummern zum Preis von 10 Euro (nur gegen Vorkasse in Form von Briefmarken, V-Scheck oder bar);

☐ für 1 Jahr zu nebenstehenden Bedingungen.

Ich zahle ☐ mein Jahresabonnement (35 Euro) /
☐ meine Fördermitgliedschaft (60 Euro) /
☐ mein ermäßigtes Abo (18 Euro) /
☐ mein Hartz IV-Abo (12 Euro) – Beleg beifügen (s. Impressum)
☐ gegen Rechnung
☐ bar oder mit Scheck

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum 1. Unterschrift

Diese Vereinbarung kann ich innerhalb von vier Wochen bei der AFP widerrufen:

Impressum

Herausgeber: AFP e.V., »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung« e.V.
Redaktionsanschrift: express-Redaktion Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel. (069) 67 99 84, *email:* express-afp@online.de, www.labournet.de/express
Erscheinungsweise: 10 Ausgaben/Jahr
Bezugspreise: Einzelheft 3,50 Euro; Jahresabonnement 35 Euro, erm. 18 Euro (Studierende, Auszubildende) und 12 Euro (Hartz IV Spezial-Abo) – einschl. Versandkosten.
Einzuzahlen an AFP, Postbank Frankfurt, Kto.-Nr. 12 47 66 04 (BLZ 500 100 60); Zusatz Ausland: iban: DE22 500 100 60 0012 47 66 04, swift: BIC PBNKDEFF
Abbestellungen müssen bis spätestens 30.9. vor Ende des Kalenderjahres bzw. 3 Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes schriftlich erfolgen.
Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
ISSN: 0343-5121
V.i.S.d.P.: Kirsten Huckenbeck, Frankfurt
Layout/Satz: Birgit Letsch, Hanau
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt